

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitvermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die zweite Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher.

Mit der Veranstaltung der Konferenz, die am 23. und 24. November im Gewerkschaftshaus in Berlin abgehalten wurde, ist einem schon seit längerer Zeit und immer dringender geäußerten Wunsche entsprochen worden. Es kann aber auch jetzt, nach der Konferenz, gesagt werden, daß sie die Erwartungen, die ihr entgegengebracht wurden, gerechtfertigt hat. Die Delegierten widmeten sich mit großem Eifer den ihnen obliegenden Arbeiten, und ihr Interesse erlahmte nicht, obwohl die Verhandlungen, um das Pensum zu erledigen, am Montag bis 9 Uhr abends ausgedehnt werden mußten.

Die Tagesordnung war recht umfangreich, die Zahl der Referate war im Verhältnis zu der zur Verfügung stehenden Zeit und dem Eifer, mit welchem sich die Teilnehmer der Konferenz an der Diskussion beteiligten, etwas zu groß. Es muß aber anerkannt werden, daß sich die Debatte auf einem verhältnismäßig hohen Niveau bewegte. Die meisten Redner hatten ein interessantes Material vorzutragen, und sie taten es fast durchgängig in einer Weise, welche ihnen die Aufmerksamkeit der Zuhörer sicherte.

Erwähnt zu werden verdient, daß an der Konferenz auch ein weiblicher Delegierter teilnahm. Es war mehr als ein Akt der Courtoisie, daß die Münchener Kollegen in der Person der Kollegin Betty Thalhammer auch eine Büglerarbeiterin mit ihrer Vertretung beauftragten. In dieser Delegation prägt sich die wachsende Bedeutung des weiblichen Elements in unserer Organisation und besonders unter den Kollegen aus der Bürsten- und Pinselindustrie aus. Im Grunde hat man es vermist, wenn das auch nicht offiziell ausgesprochen wurde, daß nicht auch eine von den mehr als 1000 Kolleginnen, die sich bei dem langen Kampfe in Nürnberg so wacker gehalten haben, auf der Konferenz erschienen war.

Lebhaft bedauert wurde es, daß unter den 34 Delegierten aus 29 Orten, die neben den Vertretern des Verbandsvorstandes und der Zentralkommission an der Konferenz teilnahmen, kein Vertreter aus dem Pinselmachergebiet in Schwabland war. In Versuchen, der Organisation in dieser, für die Bürstenindustrie so wichtigen Gegend Eingang zu verschaffen, hat es bisher nicht geklappt, man ist aber über schwache Ansätze nicht hinausgekommen. Die seitherigen Mißerfolge dürfen uns jedoch nicht abschrecken; die Agitation muß immer wieder von neuem einsetzen, und schließlich wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die Erfahrungen in Schönheide, wo ebenfalls lange Zeit hindurch erfolglos agitiert wurde, wo aber der Verband jetzt eine gut fundierte, aufblühende Zehnstelle besitzt, sind in dieser Beziehung sehr lehrreich.

Der Konferenz haben nicht nur die Bürsten- und Pinselmacher in Deutschland lebhaftes Interesse entgegengebracht, die Veranstaltung hat auch die Aufmerksamkeit der ausländischen Kollegen erregt. Aus Dänemark und der Schweiz waren Begrüßungsschreiben eingegangen, und der österreichische Holzarbeiter-Verband hat in der Person des Kollegen Grosch-Wien einen Vertreter entsandt, der interessante Mitteilungen über die Lage der Bürstenmacher in Wien und in Oesterreich machte, der aber auch aus dem Verlauf der Konferenz die Erkenntnis schöpfte, daß die Verhältnisse in Deutschland keineswegs so glänzend sind, wie es in Oesterreich vielfach angenommen wird. Den deutschen Kollegen kann es nur angenehm sein, wenn die Wahrheit über die Zustände in der deutschen Bürsten- und Pinselindustrie besonders in Oesterreich-Ungarn recht weit verbreitet findet, denn gerade von dorther kommt ein sehr starker Zuzug. Diese Kollegen meinen vielfach, hier goldene Berge zu finden, in Wirklichkeit wirkt aber dieser Zuzug lohnträufelnd.

Ueber die Tätigkeit der Zentralkommission gab Krüger Wallauer-Mürnberg einen Bericht, der erkennen ließ, daß die Kommission die Jahre hindurch recht fleißige Arbeit geleistet hat. Dieser Bericht fand eine Anzahl Kritiker; insbesondere wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die hauptsächlich aus Pinselmachern zusammengesetzte Zentralkommission den Bedürfnissen der Bürstenmacher nicht genügend Rechnung getragen habe. Aber auch die Kritiker erkannten an, daß die Zentralkommission gute Arbeit geleistet hat, und schließlich vollierte die Konferenz der Zentralkommission Dank und Vertrauen.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Zentralkommission fortgesetzt der Milzbrandfrage entgegengebracht.

Hierzu legte Kollege Wallauer der Konferenz die folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands im November 1913 zu Berlin nimmt Kenntnis, daß durch die statistischen Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes eine Aufzählung der Milzbrandkrankungen und Todesfälle ermöglicht worden ist. Die amtlicherseits neuerdings festgestellten Milzbrandkrankungen veranlassen die Konferenz, zu der am 1. Februar 1899 erlassen und am 22. Oktober 1902 erweiterten Bundesratsverordnung zum Ausdruck zu bringen, daß Leben und Gesundheit der in Hochhaarspinnereien, Haar- und Vorstanzurichtereien, Bürsten- und Pinselmachereien beschäftigten Personen nicht genügend geschützt sind. Die Konferenz beauftragt die Zentralkommission, an den Bundesrat eine Eingabe zu richten und zu beantragen, das Rohmaterial des In- und Auslandes dem Desinfektionszwang zu unterstellen und als Desinfektionsmittel nur strömenden Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Ueberdruck zuzulassen.“

Ferner hält die Konferenz für dringend erforderlich, die besonderen Vorschriften für größere Betriebe auch auf die kleineren Betriebe auszudehnen, da dieselben in hygienischer Beziehung recht oft noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Des Weiteren sollen die Bundesratsvorschriften in sinnvoller Weise auf die Haus- und Heimarbeit Anwendung finden und ein Verbot erlassen werden, wonach Arbeitsräume weder zum Kochen noch zum Wohnen oder Schlafen benützt werden dürfen.

Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß durch Verwirklichung obiger Punkte die Milzbrandgefahr beseitigt werden kann, und erlucht den Bundesrat, bald diesbezügliche Milderung veranlassen zu wollen.“

Außerdem wurde beschlossen, den Sektionen zu empfehlen, Versammlungen mit dem Thema: „Die Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie“ zu veranstalten, um so das Interesse für diese Frage wachzuhalten.

Von verschiedenen Seiten wurde darüber Klage geführt, daß die Konsumgenossenschaften die Bestrebungen der organisierten Bürstenmacher nicht genügend fördern, ja sie sogar zum Teil direkt schädigen, indem sie vielfach Waren aus Betrieben beziehen, in welchen völlig ungeregelte Arbeitsverhältnisse herrschen. Daß die Genossenschaften in dieser Richtung einen wohlthätigen Einfluß ausüben können, beweist eine Mitteilung, die der Delegierte aus Frankenberg machte. Dort bestehen in einem Betrieb verhältnismäßig günstige Arbeitsbedingungen, und der Fabrikant hat den von den Kollegen eingereichten Tarif sehr schnell bewilligt, mit Rücksicht darauf, daß er Lieferant mehrerer Konsumvereine ist, deren Kundschaft er zu verlieren fürchtete, wenn es mit den Arbeitern zu Differenzen kommt. Zu diesem Gegenstand wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Zentralkommission ist zu beauftragen, Erhebungen zu veranstalten, von welchen Firmen die örtlichen Konsumvereine ihren Bedarf an Bürstenwaren decken, und dahin zu wirken, daß dieselben nur solche Firmen berücksichtigen, welche tarifliche Vereinbarungen mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossen haben.“

In seinem Referat über „Die allgemeine Lage der Bürsten- und Pinselmacher“ gab Kollege Schmalbach-Berlin an der Hand der Ergebnisse der statistischen Erhebungen ein Bild von den Zuständen im Gewerbe, die bekanntlich durchaus nicht erfreulich sind, wenigstens insoweit, als die Arbeiter in Betracht kommen. Für die Aktionäre der großen Fabriken ist allerdings die Bürsten- und Pinselmacherei ein recht lukratives Gewerbe. Kollege Schmalbach beschäftigte sich auch mit den verschiedenen Momenten, welche die Lage der Bürsten- und Pinselmacher ungünstig beeinflussen. Hierzu gehörte die starke Beschäftigung ungelerner und weiblicher Arbeitskräfte. Das hängt mit der technischen Entwicklung zusammen, und es wäre vergebliche Mühe, dagegen anzukämpfen zu wollen. Wir müssen uns bemühen, alle in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen, und besonders hauptsächlich der Frauarbeit den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ vertreten.

Mit der Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten hat sich schon die Nürnberger Konferenz beschäftigt. Ein Antrag, diesen Gegenstand als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, lag auch diesmal vor. Die Konferenz hat ihn abgelehnt, doch wurde die Frage, sowohl in dem Referat des Kollegen Schmalbach als später in der Diskussion verschiedentlich gestreift. Hinsichtlich der Blindenanstalten, die hier vornehmlich als Wohlthätigkeitsanstalten in Betracht kommen, wurde im allgemeinen

die Ansicht des Referenten geteilt, daß man es den armen Blinden gönnen müsse, wenn sie in der Bürstenmacherei ihr Fortkommen finden. Der Beschluß des Verbandstages der Bürstenmachermeister, Blinde nicht zur Gesellenprüfung zuzulassen, ist lediglich ein Beweis für die dort herrschende Rücksichtslosigkeit, eine praktische Bedeutung hat er nicht. Was wir verlangen müssen, ist, daß den Blinden zum mindesten die gleichen Akkordsätze gezahlt werden wie den Sehenden. Zum Teil geschieht das jetzt schon; es würden aber auch verschiedene Anstalten namhaft gemacht, deren Pfleglinge sehr jämmerlich entlohnt werden. Einige Anträge, welche wünschen, die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Faktoren auf die Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten zu lenken, wurden dem Verbandsvorstand und der Zentralkommission zur weiteren Behandlung überwiesen.

Die Heimarbeit, welche in der Bürsten- und Pinselmacherei noch eine große Rolle spielt, soll nach Möglichkeit bekämpft werden. Die Entwicklung der Technik wird uns in dieser Hinsicht wirksame Hilfe leisten. Sehr interessant war der Bericht, der über die Einführung immer vollkommenerer Maschinen in den Bürstenfabriken in Schönheide gegeben wurde. Die neuen Erfindungen überstürzen sich geradezu. Das neueste auf diesem Gebiete ist der Einstanzautomat, der bereits in vier Exemplaren in Tätigkeit ist und eine so große Leistungsfähigkeit entwickelt, daß die bedürfnislosten Heimarbeiterinnen dagegen nicht auskommen können. Der Fortschritt der Maschinenteknik wird die Heimarbeit in absehbarer Zeit zum Verschwinden bringen. Als Unfug wird es angesehen, daß manche Kollegen, die tagsüber in der Fabrik gearbeitet haben, noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Ein Beschluß der Konferenz verlangt ein Verbot der Mitnahme von Arbeit nach Hause, und Aufgabe der Kollegen wird es sein, im eigenen Interesse diesem Verbot Geltung zu verschaffen.

Kollege Pfeifer-Mürnberg, der über „Tarifverträge und Einheitstarif“ referierte, trat nicht für den von manchen Kollegen gewünschten einheitlichen Akkordtarif ein. Soweit sind wir noch nicht; bis wir daran denken können, sind noch viele Vorarbeiten zu erledigen. In erster Linie müssen die einzelnen Akkordtarife viel sorgfältiger und spezialisierter ausgearbeitet werden, als das jetzt vielfach der Fall ist. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zentralkommission wird es sein müssen, ein gutes Schema für einen Akkordtarif auszuarbeiten, der bei den örtlichen Verhandlungen als Grundlage für die Preisfestsetzung benutzt werden kann. Auf Vorschlag des Referenten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Erfolge der Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes müssen auch die Bürsten- und Pinselmacher veranlassen, mehr als bisher Tarifverträge zustande zu bringen. Jedoch wird infolge der äußerst unterschiedlichen Preiszahlung für gleiche Arbeiten bei gleicher Produktionsweise den Bürsten- und Pinselmachern empfohlen, auf eine Vereinheitlichung der Akkordsätze und Vereinfachung in der Sortengruppierung bei künftigen Lohnbewegungen hinzuwirken.“

Ein weiterer Beschluß geht dahin, bei künftigen Tarifabschlüssen darauf zu achten, daß die Akkordarbeit an den gefährlichen Maschinen verboten wird.

Auch in bezug auf „Die Arbeitsnachweisfrage“, ist der Zeitpunkt für eine Vereinheitlichung noch nicht gekommen. Der Referent über diesen Punkt der Tagesordnung, Kollege Nisch-Schönheide, empfahl, der Arbeitsvermittlung künftig größere Aufmerksamkeit zu schenken. Zunächst müssen örtliche Arbeitsnachweise gegründet und ausgebaut werden, erst wenn das in ausreichendem Maße geschehen ist, kann der Zentralisierung der Arbeitsvermittlung nähergetreten werden. Für die Schwierigkeiten, die auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung noch zu überwinden sind, aber auch für die Brutalität gewisser Unternehmer ist ein Vorzeichen bezeichnend, welches die Schönheider Bürstenfabrikanten untereinander getroffen haben. Hiernach darf ein Arbeiter, der sein Arbeitsverhältnis löst, auch dann, wenn das durchaus ordnungsmäßig erfolgt ist, nicht früher als 14 Tage nach der Entlassung in einem anderen Betrieb eingestellt werden. Da bei den niedrigen Löhnen in Schönheide die Arbeiter naturgemäß den Lohnausfall in der Karenzzeit scheuen, trägt dieser Beschluß dazu bei, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln und sie den Wünschen der Unternehmer gefügig zu machen. Durch den Ausbau des Verbandes wird es hoffentlich gelingen, diesen Unfug in absehbarer Zeit zu beseitigen.

Kollege Nieger-Dresden gab in seinem Vortrag über „Agitation und Organisation“ verschiedene dan-

lenzwerte Anregungen, die in einer ausgedehnten Diskussion nach verschiedenen Richtungen ergänzt und vertieft wurden. Die zu dem Gegenstand gefassten Beschlüsse beziehen sich auf den Ausbau der Sektionen in den Zahlstellen. Die Sektionen sollen sich auch der Agitation unter den Berufsgenossen in den benachbarten Orten annehmen. Großer Wert wird der Hausagitation beigemessen, eine solche soll mindestens zweimal im Jahre veranstaltet werden. Ueber die Ergebnisse sollen nicht nur die Gauvorsteher, sondern auch die Zentralkommission unterrichtet werden. Auch sollen die Gauvorsteher am Jahreschluss über die für die Branche in Betracht kommenden Lohnbewegungen an die Zentralkommission berichten. Bisher haben die Sektionsleiter alljährlich einen Bericht an die Zentralkommission geliefert, künftig soll diese Berichterstattung alle Halbjahre erfolgen. Der Verkürzung der Arbeitszeit ist künftig größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, in den Flugblättern, die sich an die Bürsten- und Pinselmacher richten, soll dieser Gegenstand eine besonders eindringliche Behandlung erfahren. Die meisten der übrigen Anträge wurden dem Verbandsvorstand bzw. der Zentralkommission zur Erledigung überwiesen. Wir verweisen im übrigen auf das demnächst erscheinende ausführliche Protokoll.

Die Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher hat einen recht befriedigenden Verlauf genommen. Die Kollegen aus den verschiedenen Teilen des Reiches sind persönlich zusammengelassen und haben ihre Erfahrungen ausgetauscht. Es wurden eine Menge neuer Anregungen gegeben, und jeder einzelne Teilnehmer der Konferenz hat dort etwas gelernt. Aber damit ist der Zweck der Konferenz noch nicht erfüllt. Die Hauptarbeit ist erst noch zu leisten. Die Anregungen, welche auf der Konferenz gewonnen wurden, müssen nun in die Tat umgesetzt werden. Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Schneegass, hatte durchaus recht, als er sagte, wir wären schon viel weiter, wenn mit dem gleichen Eifer dranhingehandelt worden wäre, mit dem auf der Konferenz gesprochen wurde. So notwendig es ist, Rats zu pflegen, so haben doch die gründlichsten Beratungen ihren Zweck verfehlt, wenn nicht das Ergebnis der Beratungen in Taten umgesetzt wird.

Die Berichterstattung von der Konferenz wird, wie es schon deren Vorbereitung getan, die Tätigkeit in den Sektionen der Bürsten- und Pinselmacher neu beleben. Es muß aber darauf gesehen werden, daß es kein Strohhalm ist, das hier entfaßt wird. Die Anregungen, welche die Konferenz gegeben, sollen nicht nur für einige Wochen wirken, auf lange hinaus müssen sich ihre Spuren bemerklich machen. Und nicht nur die wenigen Delegierten, die an der Konferenz teilgenommen, alle Bürsten- und Pinselarbeiter müssen sich mit nie ermüdem Eifer der Agitation widmen, um dem Deutschen Holzarbeiter-Verband neue Mitglieder zuzuführen.

Eine Fülle von Arbeit wartet der Kollegen. Es sind noch wichtige Gebiete vorhanden, die der Organisation erst erschlossen werden müssen, in anderen Orten haben wir eine Organisation, der jedoch noch viele Kollegen und Kolleginnen fernstehen. Sie alle müssen gewonnen werden! Um die wirtschaftliche Lage der Bürsten- und Pinselarbeiter zu heben, muß die Zahl der organisierten Kollegen vervielfacht werden. Das ist die Lehre, die wir aus der Konferenz zu ziehen haben, und die Mahnung, die von ihr ausgeht und sich an alle Kollegen im Reich richtet, lautet: An die Arbeit für den Ausbau unseres Verbandes!

Der Kampf um das Koalitionsrecht.

Die Stellungnahme des Hansabundes zu dem Verlangen der Scharfmacher nach verstärktem Streikbrecherschutz wird noch fortgesetzt in der Presse erörtert. Durch den dringlichstesten Beschluß seines Industrierrates ist der Hansabund in eine recht heikle Situation geraten. Die einmütigen Proteste der dem Hansabund nahestehenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen konnten dem Direktorium umföweniger gleichgültig bleiben, als auch verschiedene Ortsgruppen des Hansabundes aus ihrer Zustimmung über die Resolution des Industrierrates kein Wohlwollen. Um ein weiteres Anwachsen dieser Strömung zu verhüten, hat das Direktorium seine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Industrierrates beschleunigt. Am 24. November hat eine Sitzung des Direktoriums des Hansabundes stattgefunden. Ueber die gefassten Beschlüsse wurde ein längerer Bericht veröffentlicht, dem die Verlegenheit, in welcher sich das Direktorium befindet, gut anzumerken ist, der jedoch, wie das von einem solchen Verlegenheitsprodukt nicht anders zu erwarten ist, niemanden befriedigt.

Das Direktorium betont, daß es das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht angetastet wissen will — aber das Koalitionsrecht könne nicht das Recht in sich schließen, bei Streiks einen förmlichen Belagerungszustand gegen die Unternehmer zu verhängen. Das Direktorium des Hansabundes will keine Ausnahmegeetze — aber es verlangt, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen in vollem Umfange gehandhabt und zur Geltung gebracht würden. Um das zu erreichen, sollen die staatlichen Exekutivorgane über den bestehenden Rechtszustand in klarer, gemeinverständlicher Weise unterrichtet werden. Das Strafverfahren soll beschleunigt werden, aber damit soll keine Beschränkung der Rechtsmittel verbunden sein. Ueber die vom Industrierrat im Interesse der Streikbrecher verlangte Erweiterung des Tatbestandes der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches (Nötigung und Bedrohung) und des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftpflicht der Gewerkschaften) hat sich das Direktorium noch nicht schlüssig gemacht. Darüber will es noch Gutachten einholen und das Ergebnis von einem Ausschuss prüfen lassen, dem auch Vertreter der Angestellten angehören sollen.

Die Erklärung des Direktoriums ist weder Fleisch noch Fisch. Man kann sie als eine temperierte Scharfmacherrei bezeichnen. Das Verlangen nach Handhabung der bestehenden Gesetze in ihrem vollen Umfang ist nur ein verächtlicher Auf nach Ausnahmegeetzen. Wer das Wüten der Justiz gegen wirkliche und angebliche Streiklinder beobachtet und es mit der aufreizenden Milde vergleicht, mit welcher schwere Verbrecher behandelt werden, wenn sie zu der sauberen Junst der Streikbrecher gehören, der gewinn sicher nicht den Eindruck, daß es nötig wäre, die Behörden zu größerer Schärfe in der Verfolgung Streiklinder anzureizen. Wer unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine schärfere Handhabung der Gesetze fordert, will, mag er dieses Verlangen auch noch so sehr verkläufelieren, doch tatsächlich den Erlass schärferer Gesetze. Und was es mit der Beschleunigung des Strafverfahrens auf sich hat, das hat zur Genüge der weiße Schrecken gezeigt, der nach dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier etabliert wurde.

Wenn das Direktorium des Hansabundes gehofft hatte, mit seinem Eieranz die aufgeregten Gemüter der Angestellten beruhigen zu können, so sieht es sich getäuscht. In einer am 26. November stattgefundenen Versammlung, die vom Bund der technisch-industriellen Beamten gemeinsam mit dem Verband der Kunstgewerbezeichner einberufen und

von Angehörigen dieser Kreise zahlreich besucht war, wurde auch offen ausgesprochen, daß die Stellungnahme des Direktoriums des Hansabundes zu den Beschlüssen des Industrierrates im wesentlichen eine Bestätigung dieser Beschlüsse sei. Von einem Vertreter des Deutschen Lehnwerker-Verbandes wurde ausdrücklich erklärt, daß dieser sich der Stellungnahme der beiden genannten Verbände anschliesse. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird erklärt, daß sich die Mitgliedschaft im Hansabund nicht mit den Interessen der Angestellten verträgt. Ob die Ortsgruppen des Hansabundes dessen Einschwenken in das Lager der Scharfmacher ruhig hinnehmen werden, und welche Folgen es für diese Organisations haben wird, bleibt zunächst abzuwarten.

Wichtiger als die Zukunft des Hansabundes ist für die Arbeitererschaft die Frage, welche Wirkung das unaufhörliche Geschrei nach verstärktem Streikbrecherschutz auf die maßgebenden Faktoren ausüben wird. Im Bundesrat ist zweifellos Stimmung für Zwangsgeetze gegen die Gewerkschaften vorhanden. In dieser Beziehung sei an die Erklärung erinnert, welche der Minister Graf Bismarck am 11. Dezember 1911 im sächsischen Landtag abgab. Hiernach wollte die sächsische Regierung im Bundesrat für eine entsprechende Änderung der einschlägigen Reichsgesetze eintreten und dort auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinweisen. Kurz darauf hat sich auch die Hamburger Bürgererschaft für eine Beschränkung des Koalitionsrechtes im Sinne jener sächsischen Erklärung ausgesprochen. Man darf als sicher annehmen, daß ein Gesetzentwurf gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter im Bundesrat mit Leichtigkeit durchgesetzt werden kann. Wenn dort ein solcher Entwurf noch nicht eingebracht wurde, so war für eine solche Zurückhaltung lediglich die Rücksicht auf die Zustimmung des Reichstages maßgebend. Die erwähnte Erklärung des sächsischen Ministers war in so bestimmter Form gehalten, daß allgemein, vielleicht auch nicht mit Unrecht, angenommen wurde, der geplante Gesetzentwurf liege bereits fertig vor. Bald danach kamen aber die Reichstagswahlen, die dem Reichsparlament eine Zusammensetzung gaben, welche ein Ausnahmegeetz gegen die Arbeiter als aussichtslos erscheinen ließ.

Der Staatssekretär des Innern hat sich inzwischen gegen ein Ausnahmegeetz ausgesprochen, aber solchen Regierungs-erklärungen ist nicht viel Wert beizumessen. Sind die Chancen günstig, dann wird die Regierung sehr gern einen Gesetzentwurf gegen das Koalitionsrecht einbringen. Die letzte Probeabstimmung, die über eine konservative Resolution erfolgte, ergab eine überwältigende Mehrheit gegen ein Geetz zum Schutz der Streikbrecher. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse geändert, und voraussichtlich wird der Reichstag sehr bald Gelegenheit haben, erneut zu der Forderung eines Gesetzes zur Vereitigung des Koalitionsrechtes Stellung zu nehmen. Kürzlich hat die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz“ einige Mitteilungen aus Reichstagskreisen gebracht, deren Sinn dahin ging, daß die Reichsregierung einem Streikbrecherschutz durchaus nicht ablehnend gegenüber stehe, sie wolle sich aber nicht mit der Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes einer sicheren Niederlage aussetzen. Sollte aber vom Reichstag eine Resolution angenommen werden, in welcher die Vorlegung eines Arbeitswilligengesetzes verlangt wird, dann werde die Regierung einem solchen Wunsche schleunigst willfahren.

Dieser Wink ist von den Konservativen verstanden worden. Sie haben nicht nur eine Resolution, sondern einen Initiativantrag eingebracht. In den letzten Jahren knüpften sich die Debatten, die im Reichstag über

Die Geschichte der Schneiderbewegung.

(Schluß.)

w. Die Darstellung der Zustände, gegen die wir kritische Bedenken einzuwenden hatten, nimmt im Gesamtwerk einen so kleinen Raum ein, daß sie füglich bei der Beurteilung des Ganzen außer Betracht bleiben kann. Daß Bernheim, der wie kaum ein anderer unserer Parteischristen sich seit Jahrzehnten auch in der praktischen Gewerkschaftsarbeit betätigt hat, mit seiner Geschichte der Schneiderbewegung, soweit der vorliegende erste Band ein endgültiges Urteil schon erlaubt, eine hervorragende Bereicherung unserer Gewerkschaftsliteratur geschaffen hat, bedarf kaum der besonderen Erwähnung.

Es liegt in der Natur des Stoffes, daß der Gewerkschaftshistoriker mehr ein Chronist als ein Geschichtstheoretiker ist, das heißt, im wesentlichen die großen und kleinen Vorkommnisse aus der Bewegung chronologisch registriert und seine eigenen lehrhaften Meinungen nicht in den Vordergrund schiebt. So finden wir auch bei Bernheim ein breites Material mehr kleiner als großer Ereignisse, das aber eben naturgemäß die Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung darstellt. Denn dieser erste Band handelt von den ersten Organisationsversuchen der deutschen Schneidergewerkschaften und schließt dort ab, wo die Bewegung anfängt, die Bahn des geschichtlichen Fortschritts zu beschreiten: Mit der Gründung des Deutschen Schneider-Verbandes im Jahre 1862.

Im Verlaufe der deutschen Revolution ist das Schneider-erwachen noch ganz leuchtend, in Frankreich kommen auf 30 Arbeiter nur 5 Gezellen. Das hindert die Entstehung eines Arbeiterbewusstseins, aber dennoch findet sich unter dem Namen der ersten Erwecker der modernen Arbeiterklasse eine Anzahl, deren Träger Schneider waren, wie Heitling, Coccarius, Rentel und andere. Auch auf den Paritäten von 1848 stellen die Schneidergezellen ihren Namen, wie sie auch an den Arbeiterkongressen der damaligen Zeit beteiligt sind. Ehe aber diese ersten Anregungen in der modernen Arbeitererschaft aus der Dunkelheit der Zukunft sich herauszuheben konnten, schlug die nachfolgende Reaktionsschneise die Spitze der Bewegung zusammen.

Erst um die Mitte der sechziger Jahre, nachdem Lassalle die Fahne der modernen Arbeiterbewegung aufgepflanzt hatte, regt es sich wieder, und in einer ganzen Anzahl Orte finden Lohnbewegungen der Schneider statt. Aber noch gibt es keine gewerkschaftlichen Vereinigungen, diese sind vielmehr erst eine Folge der Lehrtämpfe, entgegen der Scharfmacherweise, als ob das Streifen eine Erfindung der Gewerkschaften sei. Im Jahre 1865 werden in Hamburg und Berlin die ersten Fachvereine gegründet. Mit größtem Interesse werden auch Schneiderbewegungen im Auslande, in Amsterdam, Paris und London verfolgt, und für diesen letzteren Streik bringen die Berliner Schneidergezellen die nach damaligen Begriffen ungeheure Summe von 700 Talern auf.

Vermutlich durch die Londoner Bewegung angeregt, konstituiert sich im Juli 1867 in Köln ein Komitee für die Gründung der Allgemeinen deutschen Schneiderassoziation, auf dessen Betreiben im Oktober 1867 in Leipzig ein Kongress stattfindet, auf dem der „Allgemeine deutsche Schneiderverein“ gegründet wird.

Mit dieser Gründung waren die Schneider den Arbeitern der meisten anderen Berufe vorangeeilt. Nur die Schriftsetzer und die Zigarrenmacher hatten um diese Zeit schon nationale Berufsverbände. Erst zum September 1868 beriefen Schweißer und Frische den berühmten Arbeiterkongress ein, auf dem für die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter im allgemeinen die Grundlage geschaffen werden sollte. Wie bekannt, stellte dieser Kongress ein Organisationsprogramm auf, wonach die Berufe zu Industriegruppen zusammengelegt und für je eine derselben eine „Arbeiterchaft“ errichtet werden, und diese wiederum in einen „Arbeiterchaftsverband“ zu einem streng zentralisierten Gewerkschaftsbund vereinigt sein sollten. Der auf dem Kongress amwesende Präsident des Schneidervereins gab die Erklärung ab, daß seine Organisation sich dem neuen Bunde anschließen würde, was dann auch nach einiger Zeit, obwohl sich schon eine Opposition bemerkbar machte, geschah.

Dann folgte die Periode des unheilvollen Bruderkrieges in der Arbeiterbewegung ein, von der auch die Schneider ergriffen wurden. Wie in anderen Gewerkschaften, wuchs auch

im Schneiderverein das Mißtrauen gegen Schweißer, dem Präsidenten des Arbeiterchaftsverbandes sowohl wie des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Sein Bestreben lief offensichtlich darauf hinaus, die Gewerkschaftsbewegung völlig der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einzuordnen, da aber ein Teil der Gewerkschaftler, und namentlich der Führer, zur Bebel-Liebnechtischen politischen Gegenseite hielt, mußte dieses Bestreben zur Spaltung führen.

Eine Reihe Gewerkschaften, darunter auch unter Vork's Führung die der Holzarbeiter, fielen von Schweißer ab und zogen ins andere Lager hinüber. Auch Schob, der Präsident der Schneidergewerkschaft, gehörte zu den Opponenten, aber hinter ihm stand nur ein kleiner Teil seiner Mitglieder. Ehe er auch nur den Versuch einer Absehwenkung unternehmen hatte, wurde er auf Schweißers Betreiben aus dem Arbeiterchaftsverbande ausgeschlossen. Wohl entstand in Opposition gegen diesen Gewaltstreich eine Neugründung, wiederum unter dem alten Namen „Allgemeiner deutscher Schneiderverein“, die jedoch an Umfang erheblich hinter dem früheren Stand zurückblieb.

Das Jahr 1875 brachte, wie im allgemeinen in der Arbeiterbewegung, so auch bei den Schneidern die Einigung, und es begannen nun einige Jahre ruhiger Fortentwicklung. Vom Oktober 1876 datiert die erste Nummer des „Fortschritt“, einer eigenen Gewerkschaftszeitung. — Zwei Jahre später vernichtete das Sozialistengesetz das ganze Organisationswerk.

Unterm Sozialistengesetz begannen nach einiger Zeit neue Triebe einer gewerkschaftlichen Schneiderbewegung in der gleichen Form zu sprießen, wie auch in den Berufen der Holzindustrie in jener Zeit: durch Gründung lokaler Fachvereine. Ähnlich der „Neuen Tischler-Zeitung“ erschien ebenfalls wie diese seit dem 1. Januar 1879 eine „Neue Schneider-Zeitung“, die aber nach zwei Jahren wieder einging. Und ebenso wie bei den Tischlern, vereinigten sich im Juli 1884 die Fachvereine zu einem „Zentralverband der Fachvereine“. Die nächste Stufe zur Zentralisation war die Umwandlung in einen Reizeuntersuchungsverband, der bald darauf die Gründung des „Deutschen Schneider-Bundes“ folgte.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begündet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Eisblern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Czerny, Geestemünde (Küllen), Großröhrsdorf (Eisfabrik Wienzel), Lage (Möbelfabrik Metehof), Derlinghausen, Stuttgart-Feuerbach (Möbelfabrik Gg. Wöhner), Teterow (Böhmer & Sohn), Willkau i. Sa., Würzen (Möbelfabrik Strell), Assen in Holland.

Stuhlbauern und Polierern nach Willkau i. Sa.

Möbelfabrikern nach Leipzig.

Drehflern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Nürnberg, Klaviermachern nach Schwerin i. Meck. (N. Nitzmann u. Co.).

Bergoldern, Grundriern, Verzieren und Farbtigern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Dellers).

Wärsten- und Pinselmachern nach Nürnberg, Schopfloch.

Pantnenmacher nach Halberstadt.

Werkarbeitern nach Numund bei Begeßad.

Korbmachern nach Donneren (Stinzel und Aufderheide), Schliffdorferdamm im Kr. Geestemünde (Müller).

den Streikbrecherstich gepflogen wurden, an Resolutionen, welche die Konservativen zum Etat eingebracht hatten. Solche Resolutionen werden aber von den verschiedenen Parteien gewöhnlich in größerer Zahl vorgelegt und ihre Behandlung erfolgt meist recht summarisch. Das war auch das Schicksal der konservativen Streikbrecherresolution, die ohne viel Federlesens in den Ortus versenkt wurde. Daß die Konservativen ihre Resolution in einen Initiativantrag umgewandelt haben, bedeutet, daß sie auf eine baldige und eingehende Erörterung Wert legen. Der Antrag kann schon in den nächsten Wochen auf die Tagesordnung gestellt werden, und wenn er nicht in der ersten Lesung abgelehnt wird, finden insgesamt drei Lesungen statt. Es wird also Gelegenheit für eine ausführliche Debatte gegeben sein. Der am 28. November im Reichstag eingebrachte Initiativantrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostensetzen verboten wird.

Bei der Beratung dieses Antrages werden die Parteien Farbe bekennen müssen. Dann wird sich zeigen, welche Wirkung das Geschrei der Scharfmacher auf die Haltung der einzelnen Fraktionen ausgeübt hat. Leider ist zu befürchten, daß die Ablehnung dieses Antrages nicht mehr so einmütig erfolgt, wie es bei der letzten Resolution der Fall war, die sich auf diesen Gegenstand bezog. Für die gesamte Arbeiterschaft heißt es jetzt auf dem Posten zu sein. Unser Grundrecht ist in Gefahr! Es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen zur Abwehr eines solchen Angriffes auf das Koalitionsrecht.

Die sanitären Zustände in den Tischlereien in Hannover.

Veranlaßt durch die ganz erheblichen Krankenziffern, welche in der 3000 Mitglieder zählenden Zahlstelle zu verzeichnen sind, hat die Lokalverwaltung eine Aufnahme über die hygienischen und sanitären Zustände in den Maschinenräumen und Tischlerwerkstätten veranstaltet. Im Jahre 1912 mußte die Zahlstelle nicht weniger als 1326 Krankheitsfälle mit 22 518 Krankentagen registrieren. Das sind auf 100 Mitglieder 44 Erkrankungen im Jahre, also ein ganz erheblicher Prozentsatz. Durch die Organisation wurden die Kollegen mit 19 319 Mk. unterstützt.

In erster Stelle stehen die Hand- und Fingerverletzungen mit 148 Fällen, dann folgen die Lungenkrankheiten mit 127 Fällen, Rheumatismus mit 124, Halskrankheiten mit 43 und Nervenerkrankungen mit 30 Fällen.

Einen besonderen Augenmerk mußte bei dieser Aufnahme naturgemäß den Maschinenräumen mit ihrer ungeheuren Staubentwicklung zugewendet werden, um die Pausigkeit der Unfälle und deren Ursachen zu erforschen. Zu diesem Zwecke wurden 87 Fragebogen ausgegeben, welche sämtlich ausgefüllt zurück geliefert wurden.

In diesen Betrieben stehen 601 Maschinen, davon sind 86 Abriecher, 61 Dickenmaschinen, 81 Fräser, 14 Kehmaschinen, 89 Kreisfrägen, 37 Bohrmaschinen, 19 Zapfen-schneider, 10 Schlitzenmaschinen, 3 Zinkenfräsenmaschinen, 8 Delupiermaschinen sowie 20 Schleifmaschinen. Beschäftigt werden in diesen Werkstätten 1105 Kollegen, davon sind aber nur 148 geübte Maschinenarbeiter, welche ständig an den Maschinen beschäftigt werden.

Unsererseits wurde schon immer die Forderung erhoben, daß nur geübte Arbeiter an den Maschinen beschäftigt werden sollen, und es ist auch den Arbeitgebern weit unbekannt, daß dadurch die Zahl der Unfälle vermindert werden könnte. Trotzdem sind es immer noch 49 Geschäfte, die sich nicht dazu verstehen können, geübte Arbeiter ständig an den Maschinen zu beschäftigen, sondern einen jeden Kollegen seine Arbeiten selbst an den Maschinen anfertigen lassen,

gleichviel, ob der Betreffende schon eine Maschine gesehen hat oder nicht. In elf Betrieben werden sogar Haus-buscheln und Bellinge selbst an den gefährlichsten Maschinen beschäftigt, und so zeigt es sich auch bei der Zusammenstellung, daß die gelbten und ständigen Maschinenarbeiter in diesem Halbjahr nur mit 20 Unfällen beteiligt sind, während bei den nicht ständig an den Maschinen beschäftigten Arbeitern 40 Unfälle zu verzeichnen waren. Im Vorjahre waren bei den gelbten Arbeitern 40 Unfälle und bei den nicht gelbten 99 Unfälle zu verzeichnen. Ein Beweis mehr, wie notwendig es ist, die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu erweitern und die Gewerbeinspektion sowie die Berufsgenossenschaften zu veranlassen, ihre Revisionen auch nach dieser Seite hin auszudehnen.

Aber gerade im Punkte der Revision lassen beide Körperschaften recht viel zu wünschen übrig, denn nur in 32 Fällen können die Kollegen berichten, daß eine Revision stattgefunden hat, und angeblich hat sich diese dann nur auf das Vorhandensein der Blektantwelle beschränkt. Trotzdem sind 20 Betriebe vorhanden, wo die Blektantwelle noch in Benutzung ist, mag sie auch in den meisten Fällen nur noch für Rehlungen in Frage kommen. Aber auch hier ist schon durch praktische Erfahrungen bewiesen, daß mit der runden Welle dieselben Arbeiten hergestellt werden können. Die Organisation wird in Zukunft die Namen derjenigen Betriebsinhaber, welche die gefährlichen Wellen noch zu Hobbelszwecken benutzen lassen, der Öffentlichkeit namhaft machen und bei Verletzungen Anzeige auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung wegen schuldhafter Körperverletzung erstatten.

Wie steht es nun mit den Schutzvorrichtungen überhaupt aus? Aus 80 Betrieben wird berichtet, daß welche vorhanden seien, aber die meisten sind ungenügend oder in nicht brauchbarem oder unpraktischem Zustande. Es ist die alte Klage: die Unternehmer wollen für Schutzvorrichtungen nichts anwenden, und die Arbeiter sind zu gleichgültig, die Arbeitgeber zu zwingen, brauchbare und praktische Einrichtungen zu liefern. Der größte Teil der Unfälle ist auf diese Zustände zurückzuführen. In sieben Betrieben wird überhaupt ohne Schutzvorrichtung gearbeitet, ob hier die nötigen Einrichtungen nicht vorhanden sind, ist leider nicht angegeben, doch liegt die Vermutung nahe, daß diese Dinge in irgendeinem Winkel der Werkstatt ein beschauliches Dasein führen oder sich in einem derartigen Zustande befinden, daß sie die Gefährlichkeit der Maschinen nur noch erhöhen. Aber die Gleichgültigkeit der Arbeiter ist hier ebenfalls nicht zu verstehen. Diese Betriebe werden ohne weiteres der Gewerbeinspektion namhaft gemacht werden; wir wollen dann einmal abwarten, ob die Revisionen fruchten werden. Auch ist der Gewerbeinspektion sowie der Berufsgenossenschaft zu empfehlen, bei ihren Revisionen auch die Verbandskassen auf ihren Inhalt zu prüfen, denn aus 34 Betrieben wird berichtet, daß das Verbandszeug nicht in Ordnung ist.

Eine andere Frage, die genau dasselbe Interesse beansprucht als die Verhütung der Unfälle, ist die Gesundheitspflege in den Werkstätten und Maschinenräumen, aber hier ist es genau so, wenn nicht noch schlechter bestellt, weil sich hier weder die Gewerbeinspektion noch die Berufsgenossenschaft darum kümmert, unter welchen Verhältnissen der Arbeiter seinen Beruf ausüben muß.

Es ist beiden Körperschaften sowie den Arbeitgebern gar nicht unbekannt, daß die Tischler und verwandten Berufe ganz gewaltig unter den Erkrankungen der Nimmungsorgane zu leiden haben. Unsere Krankenziffern sowie die Krankenkassenstatistiken beweisen ja auch, daß die Tischler und Maschinenarbeiter einen großen Prozentsatz der Erholungsbedürftigen und Kranken in den Lungenheilstätten bilden.

Trotzdem kann oder will man sich von Seiten der Arbeitgeber nicht dazu verstehen, eine tägliche Reinigung der Arbeitsräume vornehmen zu lassen, und gerade in dieser Beziehung steht es hier in Hannover trübselig aus. So sehen wir, daß nur 50 Prozent der Betriebe die Staubabsaugung in ihren Maschinenräumen angelegt haben, wovon aber noch ein ganzes Teil in der gewünschten Form nicht funktionieren, und nur 31 von 87 Betrieben sind es, die eine tägliche Reinigung ihrer Werkstatt und Maschinenräume vornehmen lassen. Wenn man aber annehmen wollte, daß diejenigen Arbeitgeber, welche sich nicht dazu verstehen können oder nicht dazu in der Lage sind, Staubabsaugungen anzulegen, ganz besonderen Wert auf die Reinigung der Räume legen würden, so wäre dieses weit gefehlt. So rückständig diese Herren im Punkte der Staubabsaugung sind, so rückständig sind sie auch bei der Reinigung; deren Maschinenräume und Werkstätten gleichen mehr Schweinehöfen als Arbeitsräumen.

Es wird berichtet, daß in 32 Betrieben die Reinigung täglich erfolgt, während sie in 35 Betrieben wöchentlich einmal und in 14 Betrieben nach Bedarf vorgenommen wird. Geradezu empörend wirkt es, wenn es in den Berichten heißt, wenn es absolut nicht mehr geht, oder gar alle drei bis vier Wochen. Wie gesundheitsgefährlich und gesundheitsgefährlich ist die Arbeit in diesen Räumen, wo Berge von Spänen und Holzabfällen kreuz und quer in der Werkstelle liegen; ein Fehltritt, und der Arbeiter liegt verletzt in dem Getriebe der Maschinen, wie es ja schon so oft zu verzeichnen war. Ganz besonders zeichnen sich hierin die Betriebe von Dutscht, Kokenstraße, und Sander, Melkenstraße, aus. Aber auch den Arbeitern kann hier der Vorwurf der Gleichgültigkeit nicht erpart werden. Wenn dieses in Branchen oder Betrieben geschieht, wo die Organisation nicht hart genug ist, solches abzuwehren, so ist es zu entschuldigen, aber die heilige Kollegenschaft hat es in der Hand, hier einmal gründlich Remedur zu schaffen. Bedenklich muß es erregen, wenn es in den Berichten heißt: Ventilation, Staubabläuger nicht vorhanden, Fenster dürfen ebenfalls nicht geöffnet werden, um die Ruhe der lieben Nachbarn nicht zu stören. Wie gesundheitsgefährlich ein derartiger Raum ist, darüber braucht ein Arzt keine Untersuchungen erst anzustellen, das kann auch ein Laie beurteilen, und die Gesichtsfarbe der in einem solchen Betriebe beschäftigten Arbeiter redet eine deutliche Sprache.

Wer nun glaubt, die Bau- und Gewerbeinspektion, welche um die Ruhe der Anwohner so besorgt ist, würde sich in derselben Weise der in solchen Räumen beschäftigten Arbeiter annehmen, der ist auf dem Holzwege. Seit Jahren besteht das Verbot, wonach kein Fenster geöffnet werden

darf, und es wird seitens der Behörden scharf kontrolliert; aber die Arbeitgeber sind bis heute noch nicht angehalten für genügende Ventilation Sorge zu tragen, auch die Gewerbeinspektion hat in dieser Frage bis heute vollständig versagt.

Aus 28 Betrieben wird berichtet, daß die Maschinen nicht in einem besonderen Räume stehen; hier sind auch die Kollegen, welche nicht an den Maschinen beschäftigt werden, der Staubplage mit ausgelegt. Ein triviales Spiel mit den gefundenen Gliedmaßen der Arbeiter wird in neun Betrieben getrieben, indem sich die Arbeitgeber nicht dazu verstehen können, den Maschinenraum im Winter genügend zu heizen. Hier muß der Kollege mit steifgefrorenen Fingern die Holzstücke halten. Er ist nicht imstande, den nötigen Gegen-druck auszuüben; das zu bearbeitende Stück Holz fliegt weg, und der Kollege sibt mit den Händen in dem Getriebe der Maschine.

In einem großen Teile der Betriebe ließe sich mit wenigen Kosten Abhilfe schaffen, wenn der gute Wille der betreffenden Arbeitgeber dazu vorhanden wäre, und wenn nicht, nun, dann muß eben die Organisation und der Wille der Arbeiter in Zukunft etwas nachhelfen.

Soziales.

Zabern.

Zabern ist ein Städtchen von etwa 20 000 Einwohnern und liegt im Unterelsaß. Außer durch das Schillersche Gedicht vom frommen Knecht Fridolin, dem treuen Diener der Gräfin von Saverne (das ist die französische Schreibweise für Zabern), dürfte der Ort bisher kaum in weiteren Kreisen bekanntgeworden sein. Plötzlich hat er aber Welt-ruf erlangt, als die Stätte, an welcher sich der überschneidige preußisch-deutsche Militarismus in seiner widerwärtigsten Gestalt gezeigt hat.

Die Militärs, die im Elsaß das Kommando führen, betrachten Elsaß-Lothringen immer noch als erobertes Land, dessen Bevölkerung in Angst vor der Macht des Siegers erhalten bleiben muß. Mehr noch wie sonst im Reiche fühlen sich die Offiziere, bis herab zum jüngsten Leutnant, der noch kaum trocken hinter den Ohren ist, über den Bürger erhaben. Ein Musterexemplar dieser Art ist der Leutnant von Forstner im Infanterieregiment Nr. 99, ein noch nicht 20 Jahre alter junger Mann, der seine Machtbefugnisse gegenüber wehrlosen Soldaten in einer Weise benutzte, die beim Militär üblich sein mag, in anderen Kreisen aber durchaus nicht als ehrenhaft betrachtet wird. Er hatte seinen im Elsaß geborenen Rekruten befohlen, sich bei ihm mit den Worten zu melden: „Ich bin ein Wades.“ Und später in der Instruktionssunde hatte er die Soldaten belehrt, daß sie für das Niederstehen eines Wades nicht bestraft würden. Wer solch eine Tat beginge, erhalte von ihm noch eine Prämie von zehn Mark, und ein Unteroffizier fügte noch hinzu, daß er ebenfalls drei Mark beisteuern würde.

Ueber die Bedeutung des Wortes „Wades“ sind sich die Gelehrten nicht einig. Es wird im Elsaß und den Nachbarländern öfters gebraucht als Spitznamen für die Elsässer, und es gilt, je nach dem Zusammenhang, in dem man es verwendet, das eine Mal als harmlose Spöttere, an anderer Stelle aber als grobe Beleidigung. Nach einer anderen Lesart soll „Wades“ die im Elsaß übliche Bezeichnung für einen Rowdy sein. Der Leutnant v. Forstner will auch, als er eine Prämie auf das Abstecken eines Wades aussetzte, das Wort nur in letzterer Bedeutung gefannt haben; dann bedeutet aber der von ihm an die elsässischen Rekruten erteilte Befehl, sich als Wades zu melden, erst recht einen Mißbrauch der Dienstgewalt.

Solche Vergewaltigungen der Soldaten durch feige Vorgesetzte, denen die Wehrlosigkeit ihrer Opfer eine gewisse Sicherheit bietet, sind in den deutschen Kasernen eine häufige Erscheinung, wenn auch die Deffentlichkeit selten davon erfährt. Im Zaberner Fall kam aber die Sache in die Zeitung. Die Einwohner der Stadt fühlten sich von der Art, in welcher der junge Leutnant von den „Wades“ sprach, beleidigt. Es kam, als der Leutnant bald darauf durch die Straßen stolzierte, zu einem Aufruhr. Der requirierten Feuerwehr wurden die Schläuche zerschnitten, und der sich bedroht fühlende Leutnant v. Forstner wurde unter dem Schutze einiger Soldaten mit geladenem Gewehr in seine Wohnung geleitet. Weiterer Schaden wurde bei dieser Gelegenheit nicht angerichtet, abgesehen davon, daß der Unteroffizier, der die Ausrufung über die Wades gebraucht hatte, in eine dunkle Straße gedrängt und, wie es in dem offiziellen Bericht heißt, „in unsagbarer Weise tätlich beleidigt“ wurde.

Noch hatte sich die Aufregung der elsässischen Bevölkerung über die Wades-Affäre nicht gelegt, da wurde bekannt, daß derselbe Leutnant v. Forstner im Rekrutenunterricht ein unflätiges Schimpfwort in bezug auf die französische Sprache ohne gebraucht habe. Man suchte das dahin zu beschönigen, daß behauptet wurde, jenes Wort sei gegenüber der französischen Fremdenlegion gefallen. Welche Lesart die richtige ist, ist noch nicht festgestellt. Nur soviel steht fest, daß die elsässischen Rekruten, welche die Redensarten ihres Leutnants weitergetragen hatten, nach Straßburg in Untersuchungshaft abgeführt wurden und demnächst vor das Kriegsgericht gestellt werden sollen. Sie haben sich gegen den heiligen Geist des Militarismus vergangen, der vorausichtlich schwere Rache an ihnen nehmen wird.

Im Reichstag ist die Angelegenheit am 28. November in Gestalt einer „Kurzen Anfrage“ zur Sprache gekommen, die der neue Kriegsminister persönlich beantwortet hat. Herr v. Falkenhahn nahm die „Entgleisung“ des „sechsjährigen Offiziers“ stark in Schutz, um so energischer polterte

er gegen die Soldaten, die diese militärischen Geheimnisse an die Öffentlichkeit gebracht haben. Der Zorn des Kriegsministers klingt für die angeklagten Rekruten sehr unheimlich. In die „Kurzen Anfragen“ im Reichstag knüpft sich keine Diskussion; die wird erst folgen, wenn die in dieser Sache vorliegenden Interpellationen demnächst zur Sprache kommen. Und daß hier der Stoff nicht ausgeht, dafür sorgen die militärischen Gewaltthaber in Zabern mit ruhendem Eifer.

Am gleichen Tage, als der Kriegsminister seine Verteidigungsrede für den jungen Leutnant hielt, unternahm das Militär in Zabern, auf Befehl des Regimentskommandeurs v. Reuter, einen dreifachen Angriff gegen die Ruhe und Sicherheit der Bürger. Unter frecher Verletzung von Recht und Gesetz erklärte die wild gewordene Soldateska den Belagerungszustand über die Stadt. Die Einwohner wurden auf das schwerste mit Waffen bedroht, und eine ganze Reihe von Bürgern wurde in die Kaserne geschleppt und über Nacht in einen Keller gesperrt.

Die Bevölkerung von Zabern wird in kindischer Weise dadurch provoziert worden, daß man dem braven Leutnant v. Forstner auf seinen Gängen durch die Stadt eine Ehrenwache von vier Mann mit aufgepflanztem Bajonett mitgab. Wenn der Herr Leutnant einen Laden betrat, um Einkäufe zu machen, besetzten die vier Mann den Eingang. So etwas muß natürlich Spott hervorrufen, und wirklich beleidigten ein paar halbwichsige Burschen, die aus der Fortbildungsschule kamen, den Leutnant durch einen Zuruf. Darauf scheint man gewartet zu haben. Sofort wurde die Wache alarmiert, ein Leutnant erschien mit 50 Mann auf dem Schloßplatz. Er ließ mit scharfen Patronenladern, nach einem Trommelwirbel wurden die 20 Personen, die sich angesammelt hatten, aufgefordert, den Platz zu räumen. Auf Befehl des inzwischen erschienenen Oberst v. Reuter gingen die Soldaten mit gefülltem Bajonett zum Angriff vor. Was ihnen in die Hände fiel, wurde verhaftet. Die Soldaten drangen sogar in Häuser ein und verhafteten Bürger aus ihren Wohnungen heraus! Man arbeitete hierbei mit völliger Unparteilichkeit. Die Brutalität des militärischen Vorgehens erhält einen humoristischen Zug dadurch, daß zu den Verhafteten auch ein Staatsanwalt und zwei Landgerichtsräte gehörten, die es nur dem raschen Eingreifen des Landgerichtsdirektors zu danken haben, daß sie nicht auch die Nacht im Kohlenkeller der Kaserne zubringen mußten.

Um den frechen Uebermut der für die Vorgänge verantwortlichen Personen richtig zu würdigen, muß man sich gegenwärtigen, daß es nicht Sache des Militärs ist, für Ruhe und Ordnung in den Straßen zu sorgen. Das ist Sache der Polizei und der Gemeindebehörden. Das Militär hat erst dann einzugreifen, wenn ein dahingehendes Erfordernis von den Zivilbehörden gestellt wird. Das ist hier nicht nur nicht geschehen, sondern der Bürgermeister von Zabern erklärte sogar, daß nicht einmal die Polizei Anlaß zum Einschreiten hatte. Das Vorgehen des Militärs in Zabern ist ein schändlicher Rechtsbruch, der blutig die Gefahr beleuchtet, der das Bürgertum seitens der bewaffneten Macht ausgesetzt ist. Man hat sich daran gewöhnt, das Militär als den ersten Stand zu betrachten. Den Trägern des militärischen Systems ist die Bedientenhaftigkeit, mit welcher die Offiziere vom Bürgertum behandelt werden, zu Kopfe gestiegen. Ist es ein Wunder, daß der in jenen Köpfen systematisch gepflegte Größenwahn schließlich einmal zum Ausbruch kommt und sich in den erschreckendsten Formen zeigt?

Der Fall Zabern wird voranschreitend scharfe Debatten im Reichstag hervorrufen. Sie werden aber wertlos sein, wenn nicht die praktischen Konsequenzen aus ihm gezogen werden. Der alles überwuchernde Militarismus jagt nicht nur dem Volke das Mark aus den Knochen, er bedroht, wie der Zaberner Fall zeigt, auch dessen persönliche Sicherheit. Es genügt nicht, einzelne Personen als die Urheber des Verbrechens von Zabern zur Rechenschaft zu ziehen, der Militarismus selbst ist der wahrhaft Schuldige, der Uebermut seiner Träger muß nachdrücklich gedämpft werden. Das ist die Lehre, die aus den Vorgängen in Zabern zu ziehen ist.

Die 6. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform, die am 21. und 22. November unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch in Düsseldorf tagte, war sehr zahlreich besucht. Die Veranstaltung wies eine recht verschiedenartige Zusammensetzung auf. Es waren Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, von Kommunalverwaltungen und Handels- und Handwerkskammern, ferner bekannte Nationalökonomien und Juristen sowie Parlamentarier verschiedener Richtung anwesend. Daneben waren Vertreter von Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften erschienen. Die christlichen und kirchlich-österreichischen Gewerkschaften sind der Gesellschaft für soziale Reform angeschlossen, zum ersten Male nahmen aber auch einige Vertreter der freien Gewerkschaften an den Verhandlungen teil. Als solche waren erschienen der Vorsitzende unseres Bundeskollege Leipzig, ferner Robert Schmidt von der Generalkommission und August Winnig vom Bauarbeiterverband. Alle drei beteiligten sich an der Diskussion und ihre Reden fanden sehr starke Beachtung.

Den ersten Vortrag über Rechtsfragen des Arbeitsvertrages und ihre gesetzliche Lösung hielt Rechtsanwalt Dr. Einbecker-Frankfurt a. M. Es folgten weitere Vorträge des Professors Zimmermann über „Neue Formen des gewerblichen Einigungswesens“ und des Freiherrn v. Berlepsch über das „Reichseinigungsamt“. Den Vortrag folgte eine lebhaft und zum Teil sehr interessante Diskussion. Festgelegt wurde, was bei der Zusammenfassung der Versammlung natürlich ist, nicht gesamt. Auf die Verhandlungen selbst werden wir noch zurück-

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform zu der Frage des Arbeitswilligenschutzes. Er nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Mit Rücksicht auf die gegenwärtig immer lauter werdenden Forderungen nach Verstärkung des sogenannten Arbeitswilligenschutzes erklärt der Ausschuss für soziale Reform: er erwartet von der Reichsregierung und von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie allen Versuchen einer neuen verschärften Gesetzgebung auf diesem Gebiete entschieden entgegen treten. Die Gesellschaft für soziale Reform verwirft selbstverständlich nach wie vor jede Anwendung von Gewalt bei Arbeitskämpfen; aber sie betont mit allem Nachdruck, daß die bestehenden Gesetze völlig ausreichen, um Vergehen dieser Art wirksam zu sühnen. Neue Polizeigesetze können nur erbitternd wirken und die gesunde, für die soziale Verständigung unbedingt notwendige Entfaltung des gewerblichen Organisationslebens beeinträchtigen.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 49. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Für den Zusammentritt des nächsten Verbandstages hat der Vorstand den 24. Mai 1914 bestimmt. Der Verbandstag findet bekanntlich in Dresden statt.

Zu Neujahr 1914 werden sämtliche alten Beitragsmarken eingezogen und dafür neue Marken ausgegeben, worauf wir die Zahlstellentasterer sowohl als auch alle Verbandsmitglieder hierdurch aufmerksam machen. Den Mitgliedern empfehlen wir dringend, dafür zu sorgen, daß sie am Jahreschluss mit der Beitragszahlung auf dem Laufenden sind.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1527 (Jugendl.) E. Wild, Holzarb., 3. 3. 99 zu Grümpen.
- 18958 Karl Grunich, Tschl., geb. 4. 9. 52 zu Carlsmarkt.
- 349266 Georg Hebler, Birstenm., geb. 6. 2. 89 zu Götthelhof.
- 357988 Max Adam, Pol., geb. 27. 9. 88 zu Berlin.
- 484624 Julius Dietrich, Tschl., geb. 24. 11. 90 zu Gr.-Dubin.
- 554836 Frieda Dienert, Kamm.-Arb., 2. 10. 96 zu Berlin.
- 628640 Frz. Manschus, Tschl., geb. 14. 12. 91 zu Rautenberg.
- 629182 Lorenz Hansen, Tschl., geb. 18. 7. 93 zu Düppel.
- 680941 Karl Giring, Tschl., geb. 8. 12. 77 zu Königswinter.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, Der Vorstand.

Die Konferenz der Hartgummidrechsler findet am 28. und 29. Dezember d. J. im Sitzungssaal des Verbandshauses, Berlin, Am Köllnischen Park 2 IV, statt. Die Verhandlungen beginnen vormittags 10 Uhr. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgeschlagen:

1. Situationsbericht der Zentralkommission. Referent: Heinz Löber-Cassel.
2. Berichte der Delegierten über die Lage in den einzelnen Orten.
3. Ist die Einführung einer Einheitsorganisation von Vorteil für die chirurgische Branche? Referent: Max Herkloz-Hamburg.
4. Welche Mittel sind anzuwenden, um die allgemeine Lage der Hartgummidrechsler zu verbessern? Referent: Oskar Gleitsmann-Leipzig.

Die Namen der gewählten Delegierten sind, soweit dies nicht schon geschehen ist, zur Aufnahme in die Präzedenzliste nachzugesuchen, zu melden. Bestellungen auf Logis sind an den Kollegen Georg Maier, Berlin S. 59, Urbanstraße 130 IV, zu richten. Empfangslokal für Sonnabendabend ist das Gewerkschaftshaus, Engelshof 14.

Nachstehend veröffentlichen wir die zur obigen Konferenz bisher gestellten Anträge, damit die Kollegen der Branche in allen Städten dazu Stellung nehmen können.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung
1. Bonn a. Rh. Die Zentralkommission ist verpflichtet, alle 1/2 Jahr in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Bericht zu geben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung
2. Berlin. Die Branchenkommission der Drechsler kann nach eingehender Untersuchung der Betriebsarten in den Berliner chirurgischen und technischen Hartgummiwaren-Fabriken nur in der Ansicht festhalten, daß die Gummidrechsler und deren Hilfsarbeiter — soweit auch letztere Hartgummi verarbeiten — zu dem Holzarbeiter-Verband organisationszugehörig sind.

3. Hamburg. Bonn a. Rh. Für die Gummidrechsler aller Branchen ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband als einzige zentralistische Organisation zu betrachten.

4. Hamburg. Leipzig. Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit dem Metallarbeiter-Verband in Verbindung zu treten, um mit diesem einen Kartellvertrag abzuschließen, der auf ähnlicher Grundlage beruht, wie der mit dem Fabrikarbeiter-Verband abgeschlossene.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung
5. Hamburg. Heidelberg. Geeignete Mittel und Wege zu schaffen, um der bisher geübten Lehrlingszuchterei Einhalt zu gebieten.

6. Bonn a. Rh. Hamburg. Heidelberg. Die Zentralkommission hat einen Zentralarbeitsnachweis zu errichten, wozu alle offenen Stellen sofort zu melden sind. Arbeitslose Kollegen dürfen sich nur dorthin wenden. Umschauen ist verboten.

7. Leipzig. Jeder arbeitslose Kollege hat sich vor Antritt anderer Arbeit bei dem Vertrauensmann der Branche oder bei der in Frage kommenden Lokalverwaltung zu erkundigen.

8. Bonn a. Rh. Differenzen in einem Betrieb sind sofort an die Zentralkommission zu melden. Diese hat die Pflicht, die Sektionen in Kenntnis zu setzen.

9. Leipzig. Der Vorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Körperschaften im Reich für genügenden

Schutz der Gesundheit aller in den Hartgummidrechsler-Beschäftigten zu wirken. Als Mindestes ist zu fordern:

1. Alle stauberzeugende Arbeit darf nur an mit Absaug- und Einrichtungen versehenen Maschinen angefertigt werden.
2. Jeder Person ist jede Woche wenigstens ein Handtuch und genügend Seife zu stellen. Desgleichen ist für ausreichende Waschgelegenheit zu sorgen.
- Allen Drechsler, welche Reparaturen an gebrauchten Instrumenten ausführen, ist das doppelte zu liefern.
3. Einführung des gesetzlichen Neunstundentages.
4. Verbot der Hausarbeit für alle Hartgummiartikel.

Sonstige Anträge.

10. Hamburg. Leipzig. Die Sektionen beziehungsweise Orte sind verpflichtet, auf vorgebrachten Vorlagen Berichte quartalsweise an die Zentralkommission über Konjunktur, Organisation, Agitation und sonstige wichtige Vorkommnisse einzusenden.

11. Hamburg. In rückständige Orte ist von Zeit zu Zeit ein Branchenkollege zur Agitation zu entsenden.

12. Hamburg. Bonn a. Rh. Verlegung der Zentralkommission an einen Ort wo möglichst alle drei Branchen vertreten sind.

13. Leipzig. Bei Verlegung der Zentralkommission nach einem anderen Ort, ersuchen wir Leipzig als Sitz zu benennen.

14. Heidelberg. Der Sitz der Zentralkommission ist nach Hamburg zu verlegen.

15. Berlin. Um die Interessen aller in den Hartgummi-Branchen — chirurgische, technische und Füllfederhalterbranche — beschäftigten Kollegen vollständig wahren zu können, möge die Konferenz beschließen, den Sitz der Zentralkommission von Cassel nach Hamburg zu verlegen.

16. Bonn a. Rh. Die Zentralkommission ist alle fünf Jahre neu zu wählen.

17. Bonn a. Rh. Alle fünf Jahre eine Konferenz stattfinden zu lassen, und dazu jedesmal einen anderen Ort zu bestimmen, wo die in Frage kommenden Branchen vertreten sind.

18. Heidelberg. Die Zentralkommission wird beauftragt, eine Statistik der in der Branche beschäftigten jugendlichen Arbeiter und ihrer Entlohnung vorzunehmen.

19. Heidelberg. Die Lohn- und Akkordtarife von allen Betrieben zu sammeln, um dadurch das Material für einen Einheitsstarif zu erhalten.

20. Heidelberg. Die Zentralkommission so zusammen zu sehen, daß alle Branchen der Gummidrechsler gleichmäßig darin vertreten sind.

Korrespondenzen.

Bürgel (Thür.). (Drechsler und Stodarbeiter.) Etwas mehr Gewerkschaftsdisziplin möchten wir doch in Zukunft den auswärtigen Kollegen empfehlen, welche es nicht für notwendig halten, bei Arbeitsgesuchen sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, sondern es vorziehen, dieselbe auszusuchen und sich direkt an die Unternehmer zu wenden, und dadurch die hierorts getroffenen Vereinbarungen betreffs Arbeitsvermittlung illusorisch machen. Diese Nichtachtung der Ortsverwaltung muß doch bei den Unternehmern den Anschein erwecken, daß nicht einmal die eigenen Kollegen ihre nächsten Instanzen und deren Beschlüsse zu würdigen wissen. Dieser Unfille ist es auch mit zu verdanken, daß man jetzt bei der kleinsten Differenz hören muß: „Wenn es nicht paßt, kann ja gehen, es haben sich erst diese Woche fünf, oftmals auch zehn von auswärts angemeldet“, was ja, wenn auch nicht immer in dem Maße, stets zutreffend ist. So ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß Kollegen, welche zwei bis drei Wochen krank waren, einfach ihrer Plätze verlustig gingen. Kürzlich hat man sogar einem Kollegen, welcher schon zehn Jahre im Betriebe tätig war und krankheitshalber bei der Firma nachsuchte, ihn doch in eine andere Abteilung zu versetzen, geantwortet, er möge doch einmal bei den Töpfen nachfragen, vielleicht finde er dort etwas Passendes. Diese wenigen Beispiele lassen verstehen, wenn wir die auswärtigen Kollegen ersuchen, sich in Zukunft wegen Arbeitsvermittlung an die örtliche Verwaltung zu wenden und schriftliche Angebote an die Unternehmer und das Umschauen zu unterlassen. Wir sind bisher stets bereit gewesen, arbeitsfindenden Kollegen freistehende Plätze anzuweisen und werden es auch in Zukunft tun, wenn man unsere Aufforderung berücksichtigen wird.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 22. November, bis Freitag den 28. November 1913.

Branchen	In d. Woche befreite Arbeitsstellen	Am Wochenabschluss vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	49	—	428
Möbeltischler	63	—	262
Maschinenarbeiter	3	—	29
Pottierer inkl. Beizer	1	—	10
Drechsler	1	—	4
Sonstige Branchen	—	—	38
Zusammen	117	—	771

Leipzig. Die Gummidrechsler beschäftigten sich in zwei gut besuchte Versammlungen mit der bevorstehenden Konferenz. Die Tagesordnung wurde gutgeheißen und einigen Anträgen an die Konferenz zugestimmt. Die Wahl des Delegierten rief eine rege Diskussion hervor; der Vorschlag der Lokalverwaltung, nur einen Delegierten zu wählen, wurde abgelehnt und statt dessen zwei Vertreter bestimmt. Gewählt sind die Kollegen Seidel und Gröschner. Die Sektionsleitung wurde beauftragt, die Lokalverwaltung zu erziehen, dem Beschluß beizutreten.

Mannheim-Ludwigschafen. (Modell- und Fabrik-schreiner.) Unsere letzte Sektionsversammlung, die einen außerordentlich zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte, beschäftigte sich eingehend mit der gegenwärtigen Krise, unter der auch die hiesigen Kollegen sehr zu leiden haben. Die Zahl der arbeitslosen Modellschreiner hat in den letzten Monaten eine Höhe erreicht, wie sie seit Bestehen unserer Zahlstelle noch niemals so verzeichnen war. In der hierüber geführten, sehr ausführlichen und lebhaften Diskussion, in der in allererster Linie die Mittel und Wege zur Be-

kämpfung der Arbeitslosigkeit besprochen wurde, vertreten sämtliche Diskussionsredner den Standpunkt, daß überall da, wo infolge Arbeitsmangels Entlassungen vorgenommen werden sollen, auf Verkürzung der Arbeitszeit hingewirkt werden müsse, um solche zu vermeiden. Ein einstimmig gefasster Beschluß macht es allen Kollegen zur Pflicht, strikte danach zu handeln und sich in allen Fällen sofort an die Arbeiterausschüsse zu wenden, um eine beschleunigte Lösung solcher Angelegenheiten herbeizuführen. Anschließend hieran wurde das Verhalten der Kollegen bei Benz u. Co. (Abteilung Automobilbau) einer scharfen Kritik unterzogen, indem nach Ansicht der Versammlung dieselben nicht in dem Maße und mit Energie für Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sind, wie man es hätte erwarten können, um die vorgenommenen Entlassungen zu verhüten. Als Milderungsgrund mußten allerdings die in diesem Betriebe bestehenden recht unerfreulichen Verhältnisse anerkannt werden, die ein taktisches und geschlossenes Vorgehen sehr erschweren. Schuld an diesen Zuständen ist vor allen Dingen der in diesem Betriebe seines Amtes waltende Kontrollleur Wolf. Dieser, ein ehemaliger Verbandskollege, hat an sich eine Umwandlung vollzogen, die ihm alle Ehre macht. Wenn man das, was er früher sein wollte, mit dem, was er heute ist, vergleicht, so bleibt von Charakter nicht mehr viel bei ihm übrig, denn seine bisher vollbrachten Taten und sein ganzes Tun legen redlich Zeugnis davon ab. Leider gibt es Kollegen, die ihn in seinem Tun noch unterstützen. Wenn Wolf glaubt, durch sein egoistisches, einseitiges und herrschsüchtiges Wesen sowie durch die Rabulistik, die er dem einen oder anderen, ihm unliebsamen Kollegen so insgeheim verkehrt, große Erfolge zu erzielen, wünschen wir ihm viel Glück. Vielleicht hat er dann nicht mehr nötig, den Befugnissen des Meisters vorzugreifen. Denn auch ganz oben wird einmal eine solche alleswissende, über alles erhabene Kraft Gnade und Verzeihung finden. — Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit den Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnissen am Orte, die zu lebhaften Klagen Anlaß geben. Ganz besonders wurde auf die Lehrlingszucht hingewiesen, die hier seit zwei Jahren, wie es scheint, systematisch im Großen betrieben wird. In Unbetracht der Verhältnisse in unserem Berufe, die unbedingt einer Klärung und Verbesserung bedürfen, stellen die hiesigen Kollegen wiederholt an den Hauptvorstand des Erziehungsjetzt doch endlich einmal eine Branchenkonferenz einzuberufen oder zum allermindesten seine Stellungnahme unserem Verlangen gegenüber bekanntzugeben. Die Notwendigkeit wird jedenfalls auch vom Hauptvorstand nicht mehr in Abrede gestellt werden, da doch eine Anzahl sehr wichtiger Fragen ihrer Lösung bedürfen. Auch möchten wir an die Kollegen im Reich die Aufforderung richten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und ganz energisch auf Einberufung einer Branchenkonferenz beim Hauptvorstand hinzuwirken. Als Tagesordnung bringen wir in Vorschlag: Arbeitsvermittlung, Lohn- und Arbeitszeit, Taktik bei Lohnbewegungen, Wie verhüten wir die Streikarbeit? Lehrlingswesen.

Welle. Unsere Lohnbewegung ist nun mit einem guten Erfolge beendet. Trotzdem es die Unternehmer auf eine Kampfsprobe antworten lassen wollten, so gelang es noch in letzter Stunde, eine Einigung herbeizuführen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt sind, so kann man doch in Anbetracht der Verhältnisse zufrieden sein. Mögen nun aber die Kollegen nicht auf ihren Vorbeeren ausruhen und denken, daß nun vier Jahre lang alles durch den Vertrag geregelt ist und nun alles von selbst kommt. Ein jeder hat nun auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das im Verträge Zugestandene auch zur Durchführung gelangt. Ebenfalls ist es auch doppelte Pflicht der Kollegen, ihre Verbandsaufgaben in vollem Maße zu erfüllen, denn es wird ihnen bei der diesjährigen Bewegung wohl zum Bewußtsein gekommen sein, daß ihnen nicht immer alles wie reife Ähren in den Schoß fällt. Wenn wir auch in diesem Jahre mit einer achtstägigen Arbeitsruhe davorgekommen sind, so ist es doch fraglich, ob es in späteren Fällen mit ein paar Tagen vorbei ist. Dagegen kann sich doch jeder schützen, indem er treu zur Organisation hält, denn nur dadurch sind auch für die Zukunft weitere Erfolge zu erzielen. Auch den wenigen Unorganisierten wird nun wohl der Gedanke aufgefaßt sein, daß sie es auch unbedingt notwendig haben, sich der Organisation anzuschließen. Es ist doch un schön, wenn einzelne Kollegen abseits stehen, die nicht säen und doch ernten.

Memmingen. Unsere Zahlstelle kann in diesem Jahre recht erhebliche Fortschritte verzeichnen, konnte sie doch ihre Mitgliederzahl von 69 am Schluß des vorigen Jahres auf jetzt nahezu 100 steigern. Allein das dritte Quartal brachte 15 Neuaufnahmen. Demgegenüber hat der christliche Verband hier nicht recht Boden gewinnen können. Zwar führt er immer noch eine Zahlstelle Memmingen in den Listen, der auch in Wirklichkeit weiter nichts fehlt als die Mitglieder. Im Jahre 1908 hatte er deren allerdings schon einmal sechs, dann ging es bergab. Aufnahmen erzielte er hier laut seines Jahresbuches 1908 noch vier, in den nächsten beiden Jahren gar keine und 1911 insgesamt ein, heute halten nur noch zwei Holzarbeiter zum christlichen Verband. Allerdings ist auch hier kein Nährboden für solche organisatorischen Absonderungen. Gegenüber rund 400 freiorganisierten Arbeitern gibt es unter den 11000 Einwohnern unserer Stadt etwa ein Duzend christlichorganisierte aller Berufe. Trotz dieses Verhältnisses wagen es christliche Agitatoren hier in öffentlichen Versammlungen zu behaupten, daß sie hier die Entwicklung vorwärts getrieben hätten. Dabei besteht zum Beispiel unsere Zahlstelle hier schon seit dem Jahre 1889, also zur Zeit des Tischler-Verbandes, als es einen christlichen Verband noch gar nicht gab. Bei der Lohnbewegung von 1908 waren von 69 Beteiligten allein 55 Mitglieder unseres Verbandes, und die damalige Herabsetzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden können wir mit Recht unserem Kollegen Rath zu schreiben. Das damals mit den Christen vereinbarte Verbot des Anschauens wurde von ihnen so gut gehalten, daß sie alsbald einen zugereisten Gesinnungsgenossen in eine Werkstatt schickten, während wir zu gleicher Zeit vier Kollegen mit Reisegeld abschoben. Bei der Tarifverneuerung von 1911 kamen dann die Christen als Vertragspartei gar nicht mehr in Frage. Wenn daher hier seit 1889 die Arbeitszeit von 66 auf 56 und ab April 1914 auf 55 Stunden pro Woche

herabgebracht und der Wochenverdienst von 18,20 bis 16,50 Mark auf durchschnittlich 25,50 Mk. im Jahre 1911 gesteigert worden ist, so ist dies das Verdienst unseres Verbandes. Daher auch die organisatorischen Fortschritte. Die Schreiner sind heute fast sämtlich organisiert, auch die Bleistiftmacher gehören unserem Verbands fast vollständig an, und auch bei den Sägen ist es uns gelungen Eingang zu finden. So dürfen wir auch für die nächste Zeit unserem guten Stern trauen, für Zersplitterungsversuche ist hier kein Raum.

Wilmheim (Stube). In der Modellschreinererei I der Friedrich-Wilhelmshütte hapert es an allen Ecken, seitdem der ehemalige Kollege Schlieper zum Meister auserkoren wurde. Es gibt Streit über Streit, Lohnabzug, Strafe und Schikanerung. So wurde in den Monaten September und Oktober bis zu 16 Prozent abgezogen, ohne daß der Meister Schlieper seine früheren Kollegen davon in Kenntnis setzte, damit sie von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen konnten. Der Meister machte eine süß-saure Miene und schob die Schuld auf den Betriebsführer Eskamonte; dabei sind aber in den anderen Betrieben desselben Betriebsführers keine Abzüge gemacht worden. Der Meister Schlieper führte auch Strafen für Zuspätkommen, Feiern und zu frühem Waschen ein. So wurde ein Kollege mit 50 Pf. bestraft, weil er einmal in 14 Tagen zu spät kam. Obgleich über 40 Kollegen im Betriebe beschäftigt sind, ist nur ein Wasserhahn vorhanden. Die Folge ist ein stetes Gedränge. Den Lehrlingen hat es der Meister verboten, für die Gesellen Wasser zu holen, dagegen dürfen sie dies für den „Herrn Kontrolleur“. Dieser ist aber auch nur Arbeiter wie die anderen. Im übrigen geht es dem Meister wie einer neugeborenen Hausfrau, die zu viel Langeweile hat und ihre Möbel von der einen Ecke in die andere rückt. So versetzte er einen Teil der Bänke, und zwar so, daß sein Freund Kontrolleur eine recht warme Ecke bekam, die Kollegen aber in den Zug gestellt wurden. Auch als Schnellläufer will sich der Meister Schlieper ausbilden, zählen wir doch in drei Stunden, daß derselbe 40 bis 50 mal die Werkstatt von 50 bis 60 Meter durchläuft. Einen Kollegen, der sich weigerte, die beim Umzug durcheinander gekommenen Schrauben und Nägel umsonst zu sortieren, hat er ohne weiteres entlassen. Wenn die Kollegen alle zur Organisation halten, dürften ihm aber auch seine Unarten noch abgewöhnt werden.

Oberrhein. Am 20. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Starke aus Dresden über „Krisis, Arbeitslosenfürsorge und Holzarbeiter-Verband“ referierte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Der Besuch hätte allerdings, der Mitgliederzahl angemessen, ein weit besser sein können. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind doch unter den Holzarbeitern noch nicht so, daß die Kollegen zufrieden sein könnten. Die Riffenfabrik William Dammrich in Niederneuschönberg beschäftigt meistens jugendliche Arbeiter, denen sie 7 bis 10,50 Mk. pro Woche zahlt. Für Erwachsene werden noch Löhne von 14 bis 19 Mk. berechnet. Die Firma scheint über die gesetzlichen Vorschriften betreffs der Arbeitszeit der Jugendlichen schlecht unterrichtet zu sein. Fällt ein Feiertag mitten in die Woche, wie z. B. das Reformationsfest, dann müssen die jungen Leute die Tage vorher bis 10 und 12 Uhr nachts arbeiten. Die Gewerbeinspektion hätte zu solchen Zeiten ein schönes Arbeitsfeld. Bei der Firma Georg Schneider, ebenfalls in Niederneuschönberg, läßt die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig. Bei Arbeiten, welche vergehen werden, wird beinahe zwei Drittel auf die Maschinenarbeit gerechnet und ein Drittel auf das Zusammenbauen. Beschwerd sich nun ein Arbeiter, daß er mit diesem Preis nicht auskommt, so wird ihm erklärt: „Machen Sie es nur fertig, wir werden dann schon ein wenig werden, ich sehe schon selber darauf, daß meine Leute etwas verdienen.“ Die vorliegenden Lohnzettel eines Arbeiters dieser Firma weisen nun für je zwei Wochen 23, 24, ja sogar nur 19,03 Mk. Verdienst auf. In diesem Falle wird eine gerichtliche Auseinandersetzung wohl zur Folge haben, daß eine derartige Handhabung für die Zukunft unterbleibt. Es ist dies bei der Firma aber nicht etwa der einzige Fall. Erst werden dem Arbeiter Versprechungen gemacht und 22 Pf. Stundenlohn garantiert, die er aber nach Fertigstellung der Arbeit nicht erhält. Besteht der Arbeiter auf seiner Forderung, dann sagt Georg Schneider, „er sei ein Hecker“. Daß jeder sein vollständiges Werkzeug erhält, ist bei der Firma nicht üblich. Der Arbeiter wird darauf verwiesen, sich solches selbst zu kaufen. An die dortigen Kollegen ergeht der Ruf, sich samt und sonders der Organisation anzuschließen, wie ja auch die Firma selbst organisiert ist. Bekanntlich stand unsere Stadt während des vergangenen Sommers unter dem Zeichen einer allgemeinen Lohnbewegung der Tischler. Bei drei Firmen wurden die Forderungen durch Verhandlungen bewilligt und kam ein dreijähriger Vertrag zustande. Bei zwei Firmen kam es zu einem 18 wöchigen Streit, der dann abgebrochen wurde, weil sich einige Anhalt Kollegen als Arbeitswillige gefunden hatten. Bei einer dieser beiden Fabriken, Louis Gröbel, schaffen die Arbeitswilligen jetzt 62 Stunden (früher 57 Stunden). Neu eintretenden Arbeitern wird ein Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorgelegt, in dem es u. a. heißt: „Für Ueberstunden gibt es keinen Zuschlag. Auf Pau (also Montage) gibt es den üblichen Stundenlohn (ohne Zuschlag).“ Wenn ein Gehilfe den Anordnungen des Meisters nicht nachkommt, wird er entlassen. Zuspätkommen soll auch die sofortige Entlassung nach sich ziehen. Herr Gröbel wird sich unter diesen Umständen die tüchtigen Tischlergehilfen, wie er sie sich wünscht, suchen müssen. Beide Firmen dürften wohl schon zur Einsicht gekommen sein, daß es besser gewesen wäre, wenn sie die Forderungen bewilligt hätten. Die Tatsache, daß bei der Herren Hörwig und Künzel die größte Mühe geben, die alten Tischlergesellen wieder zu bekommen, ist ein Beleg dafür. Für die unter Tarifvertrag arbeitenden Betriebe, sei es Schuhbauerei oder Tischlerei, erwächst den Kollegen die Aufgabe, den Tarif hochzuhalten. Gerade in der jetzigen Zeit versuchen es manchmal die Unternehmer, den Vertrag zu hintergehen. Um das zu verhindern, müssen die Kollegen regelmäßig an den Monatsversammlungen teilnehmen, in denen dann die allgemeine Lage besprochen werden kann. Am 13. und 14. Dezember finden außerdem hier und in Südböhmen gemeinsame Gewerkschaftsversammlungen statt, in denen Frau Wadwig-Dresden über „Das Werk-

nachtsfest der Arbeiterschaft“ sprechen wird. Auch da sollten unsere Kollegen zur Stelle sein.

Barchim. In der letzten Branchenversammlung der Bergolder und Berufsgenossen wurde Klage geführt über die Unstille vieler Kollegen, die Firmen mit Arbeitsangeboten zu überschwemmen. Hier trifft dieser Vorwurf speziell Kollegen aus Burg. Es muß dringend gebeten werden, vorher Erkundigungen bei der örtlichen Verwaltung einzuziehen. Kollegen, die dies unbeachtet lassen, haben sich unangenehme Folgen selbst zuzuschreiben. Drei Kollegen, die bisher dem Fabrikarbeiter-Verband angehörten, erklärten sich bereit, dem Holzarbeiter-Verband beizutreten. Die Versammlung war von sämtlichen Kollegen besucht.

Stuttgart. Nicht unangenehm sind die Verhältnisse in den Stuttgarter Karyoffelwerken Reutter u. Cie. geworden. Die beiden Inhaber scheinen den Rekord in Ausnützung der Krise schlagen zu wollen. Jeder Kasten ist zu teuer. Soweit dies den Kastenmachern an der Hobelbank durch den Meister nicht genügend beigebracht werden kann, da er selber Sachmann ist, und weiß, was geleistet werden kann, wird dann auf dem Bivo durch den Werkführer und die Inhaber extra nachgeholfen. Die Umgangsformen sind dabei nicht immer die feinsten: „Wer die Arbeit nicht um den festgesetzten Preis fertig stellt, der fliegt raus, hoch im Bogen fliegt er raus. Wenns Ihnen nicht paßt, können Sie ja spazieren gehen. Bummeln Sie nicht so, sonst fliegen Sie noch raus. Wenn man Euch Wagner zugudt, möchte man —“ Diese und ähnliche Lebensweisheiten müssen sich die Kollegen an den Kopf werfen lassen. Die Kastenmacher sollen den Antreiber für die Helfer machen, und falls sie mit denselben nicht zufrieden sind, dies melden, damit die Helfer entlassen werden können. Einige Kollegen, darunter verheiratete, haben es schon vorgezogen, trotzdem der Winter mit der Krise vor der Tür steht, der gastlichen Stätte Lebewohl zu sagen, um sich anderwärts Arbeit zu suchen. Gegenwärtig sucht nun die Firma Kastenmacher, wohl damit die anderen spazieren laufen können, was übrigens bei der jetzt üblichen Antreibererei ihrer Gesundheit zusetzen könnte. Bei den Neueingestellten wird allerdings das zwangsweise Bedürfnis hierzu auch bald vorhanden sein. Es ist sogar schon vorgekommen, daß solche erst gar nicht angefangen haben, weil ihnen in Aussicht gestellt wurde, daß, falls sie den Kasten nicht um den angelegten Preis fertigstellen, sie wieder gehen können. Die Preise für Kästen sind bei Ausgabe des Planes schon bestimmt und in der Regel bis über 100 Mk. niedriger als eingearbeitete Kastenmacher sie herstellen können.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin sind in der Pianomechanikfabrik Ostas Köhler seit dem 11. November etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Hier von gehören unserem Verbands annähernd 300 Personen an, während sich die übrigen auf verschiedene andere Gewerkschaften verteilen. Anlaß zu dieser aufsehenerregenden Maßnahme gab ein Abwehrstreik von 12 Arbeiterinnen, der drei Tage vorher zum Ausdruck gekommen war. Wegen einer geringfügigen Differenz zweier Arbeiterinnen mit dem Saalmeister war der ganzen Fänger-einrichtungsabteilung eine Verschlechterung angeboten und eine Arbeiterin gemahregelt worden. Dagegen wehrten sich die übrigen natürlich. Wegen so unbedeutender Vorgänge sperrt nun freilich sonst ein geschäftstüchtiger Unternehmer kaum aus, und auch hier dürfte dies wohl nur der Vorwand sein, mit dessen Hilfe man den Aktionären andere mißglückte Transaktionen verschleiern will. Die Direktion soll sich mit Erweiterungsbauten und großen Holzkäufen verpetuliert haben, wozu noch kommt, daß der Betrieb unter dem Zusammenbruch einer Pianofabrik finanziell mitgelitten hat. Mehrfache Verhandlungen beseitigten nun zwar die anfänglichen Streitpunkte und führten auch eine Vereinbarung über Wiederaufnahme der Arbeit herbei, bei der Maßregelungen nicht erfolgen sollten. Trotz einer diesbezüglichen direkten Zusage des Direktors wollte der Obermeister Auslese halten, als sich am 26. November die nach Gruppen vereinbarte Anzahl Arbeiter in der Fabrik meldete. Das lehnten die Arbeiter entschieden ab, und dauert denn nun der Kampf weiter, bis sich die Betriebsleitung zu einem ehrlichen Frieden bereit findet.

In Burgsteinfurt sind die Differenzen in der Korbmachererei Walterseid beigelegt. Der Meister teilt uns mit, daß er nicht das Sprechen überhaupt, sondern nur das lärmende, laute Sprechen und das in einem Rohrstöbelbetrieb feuergefährliche Rauchen während der Arbeitszeit untersagt habe. Er hat sich jetzt mit der Ortsverwaltung darüber verständigt, was uns von dieser bestätigt wird.

In Grehendorf bei Corbeitha sind in der Korbmachererei der Firma Müller Differenzen ausgebrochen. Herr Müller will für einen Eisentorb 4 Pf. weniger wie vorher geben. Ein Verhandeln hatte zunächst keinen Erfolg und wird es dort zum Streit kommen, wenn der Betriebsinhaber nicht in letzter Minute zur Einsicht kommt. Zugut ist also unter allen Umständen fernzuhalten, und bitten wir die Kollegen auch Obacht zu geben, daß niemand Arbeit nach hier annimmt.

In Nürnberg geht die Wiedereinstellung des Restes der Streikenden nur langsam vor sich. Trotzdem am 23. November bereits zwei Monate seit Beendigung des Kampfes verstrichen waren, betrug die Zahl der noch vorhandenen Ausständigen immer noch 58, in der Mehrzahl weibliche Personen. Inzwischen waltet die rächende Nemesis ihres Amtes, um die erwählten Streikrüder ihrer „wohlerbienten“ Strafe zuzuführen. So man Schwerverbrecher auf Seiten der Streikenden nicht fand und die aus dem Lager der Streikbrecher ob ihrer messerstechenden und schießenden Umgangsweise nicht gern im Gerichtssaal hat, begnügt man sich auch mit harmloseren Sachen. So erschien in der letzten Novemberwoche ein Photograph Erriegel mit seiner Freundin, einer Arbeiterin M. Dunitz, vor dem Nürnberger Schöffengericht, um gegen einen ehemals streikenden Fingelmacher auszusagen. Die beiden Zeugen hatten während des Streiks der Fingelfabrik Schramm ihre wertvolle Kraft verschrieben und glaubten eines Tages beim Verlassen der Arbeit von den Streikposten zu wenig freundlich begrüßt worden zu sein. Die Ursache des Unwillens hatte darin gelegen, daß der Herr Fingelmacherphotograph sich vorher im Streitfall bereit erklärt hatte, die Arbeitswilligendienste

aufzugehen, und sogar zur Bekräftigung seines Versprechens hinzugefügt hatte, man könne ihm ins Gesicht spucken, wenn er nicht Wort halte. Tatsächlich hat er denn auch sein Wort nicht eingelöst, und trotzdem die Streikposten von seiner Ermächtigung natürlich keinen Gebrauch machten, fühlte er sich nun in seiner Ehre gekränkt. Das Gericht hat dem Ehrenmann nun auch wieder etwas auf die Beine geholt, indem es den angeklagten Pinselmacher auf drei Tage ins Gefängnis schickte. Verurteilungen dieser Art hat es übrigens schon mehrfach gefest. Wiederholt ist es aber auch schon vorgekommen, daß schöffengerichtliche Verurteilungen vom Landgericht wieder aufgehoben werden mußten. Jedenfalls wird aber das derzeitige Verhalten der Arbeitswilligen auch durch die Bestrafung Streikender in der Beurteilung aller anständig Denkenden in kein besseres Licht gerückt.

In Schopfloch sind die Ausständigen vom Pinselmacherstreik her, gleich wie in Nürnberg, noch nicht sämtlich untergebracht. Ende November waren deren vielmehr noch 20 vorhanden.

Ausland.

In Assen in den Niederlanden stehen die Tischler und Maschinenarbeiter im Streik. Die Arbeitgeber haben schon einige Arbeitswillige aus Deutschland herangeholt und hoffen besonders auf die Berliner Arbeitslosen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, für die Fernhaltung des Zutuges Sorge zu tragen.

Aus der Holzindustrie.

Spänen auf dem Arbeitsmarkt.

Unter dieser Stichmarke haben wir in unserer Nr. 46 eine kurze Notiz gebracht, die sich mit dem Treiben der Christen in Hamburg beschäftigt. Die tatsächlichen Vorgänge, die dieser Notiz zugrunde lagen, waren im „Hamburger Echo“ ausführlich geschildert und in einem Artikel, der durch die sozialdemokratische Tagespresse ging, waren diese Dinge ebenfalls behandelt worden. Mit diesem Artikel setzt sich der ultramontane „Holzarbeiter“ in seiner Nr. 47 auseinander. In einem „Die moralisch Entrüsteten“ überschriebenen Aufsatz macht das Blatt selbst sehr stark in moralischer Entrüstung. Es zählt zum Schluß einige Fälle auf, in welchen die armen Anschuldswürmer von Christen durch die „Genossen“ eine sehr unfreundliche Behandlung erfuhren. Es handelt sich hierbei um die „Christliche“ Darstellung von Vorgängen, die wir meist schon bei früheren Gelegenheiten wahrheitsgemäß geschildert haben. Wir widerstehen der Versuchung, in diesem Zusammenhang auf die Dinge einzugehen, um nicht die Aufmerksamkeit von der Hauptfrage abzulenken, nämlich dem christlichen Arbeitsnachweis in Hamburg.

Der ultramontane „Holzarbeiter“ zieht die „rote Presse“ der Lüge und Unterschlagung. Insbesondere unterschlägt sie, daß der sozialdemokratische Holzarbeiter-Verband in Hamburg einen sogenannten paritätischen (obligatorischen) Arbeitsnachweis durchsetzte, wo Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter nicht nur keine Arbeit erhielten, sondern obendrein von den „Genossen“ noch beschimpft und belästigt wurden.“ In ähnlicher Weise wie im ultramontanen „Holzarbeiter“ waren die Vorgänge in einer von der Hamburger Ortsverwaltung des ultramontanen Verbandes an die hürgeleiche Presse Hamburgs gerichteten Zuschrift geschildert, mit welcher sich das „Hamburger Echo“ in seiner Nummer vom 25. November auseinandersetzt. In diesem Artikel wird behauptet, daß die Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes im Jahre 1911 bis kurz vor Beendigung des großen Kampfes, bei welchem die Erhaltung des paritätischen Arbeitsnachweises eine erhebliche Rolle spielte, mit den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes treue Waffenbrüderschaft geknüpft haben. Ueber das was dann später folgte, bringt das „Hamburger Echo“ eine aktenmäßige Darstellung, der wir nachstehend folgen.

Nach dem Friedensschluß blieben im November 1911 noch mehr als 800 von den Streikenden arbeitslos und zwischen den Parteien wurde vereinbart, daß diese in erster Linie durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt werden sollten. Anfangs Dezember bestellte die Firma Pilsheim einige namentlich bezeichnete Arbeitslose. Es handelte sich um einige junge, zugereifte Leute, Mitglieder des ultramontanen Verbandes, die sich zuvor mit der Firma in Verbindung gesetzt hatten. Dem Verlangen, diese Zugereiften zu vermitteln, konnte nicht entsprochen werden; dem stand zunächst die erwähnte Vereinbarung entgegen, außerdem bestimmt aber das Arbeitsnachweis-Regulativ ausdrücklich, daß bestimmte Arbeitslose, die von einem Arbeitgeber verlangt werden, nur dann zugewiesen werden dürfen, wenn es sich nicht um zugereifte oder solche Leute handelt, welche erst in den letzten Tagen als arbeitslos eingetragene wurden und durch deren Zuweisung gleichwertige Arbeitslose mit Recht eine Benachteiligung erleiden können.“ Ein solcher Fall lag hier offensichtlich vor, aber die Christen spielten die Paritätisten, weil man den Mitgliedern ihres Verbandes auf dem Arbeitsnachweis kein Vorgesetztes einräumte.

Eine Beschwerde über den Vorgang, an die Schlichtungs-Kommission gerichtet, fanden die Christen in das Büro des Arbeitgeber-Schlichterverbandes, wo sie aus Versehen liegen blieb. Als die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes später von dem Vorhandensein der Beschwerde Kenntnis erhielt, beantragte sie sofort eine Sitzung des Kuratoriums, die am 21. Februar 1912 stattfand. Nach dem veröffentlichen Protokoll dieser Sitzung hat sich dort der Vertreter des Arbeitgeber-Schlichterverbandes wegen der Benachteiligung der Angelegenheit entschuldigt. Die Beschwerde der Christen bezog sich auf den Fall mit der Firma Pilsheim, und außerdem wurde darin behauptet, daß die Mitglieder

des christlichen Verbandes im Arbeitsnachweis auf ihre Verbandsbücher kontrolliert wurden.

Als Vertreter der Arbeitgeber nahmen an der Sitzung die Herren Otto Neumann und Grimme teil. Nach dem von beiden Parteien unterschriebenen Protokoll erklärte zu dem ersten Punkt der Beschwerde der Arbeitgeber Otto Neumann: „Der Vorwurf, in diesem Falle sei Vertragsbruch begangen, ist unberechtigt; die Abmachungen lauteten damals, daß die Streikenden zuerst vermittelt werden sollen.“ Herr Grimme, der andere Arbeitgeber, konstatiert, daß nach Lage der Sache die Beschwerde durchaus unbegründet ist.“

Hinsichtlich des zweiten Beschwerdepunktes bestreiten die Arbeitsvermittler die Kontrolle der Verbandsbücher. Dasselbe könne nicht angelassen werden und würde auch nicht zugelassen. Wörtlich heißt es dann im Protokoll: „In der Hand der Ausnahmezettel wird der Nachweis erbracht, daß dieses nicht geschieht. Die Beschwerdeführer geben zu, daß sie vom Gegenteil überzeugt worden sind.“

Die Christen hatten in der Zwischenzeit ihren eigenen Arbeitsnachweis errichtet, und die Falschheit wurde in der gleichen Sitzung des Kuratoriums besprochen. Die beiden Vertreter des ultramontanen Verbandes behaupteten hier, daß sie nach den Aussagen ihrer arbeitslosen Mitglieder zu der Errichtung ihres Arbeitsnachweises gezwungen gewesen seien. In dieser Erklärung nahmen wieder die Vertreter der Arbeitgeber das Wort:

„Die Herren Neumann und Grimme treten diesem Standpunkt entgegen. Letzterer betonte, daß die Arbeitgeber auf dem Standpunkt stehen, daß der abgeschlossene Vertrag für alle Betriebe der Holzindustrie Geltung hat und daß jede anderweitige Einstellung und Vermittlung als Vertragsbruch bezeichnet werden müsse. Beide Herren raten den Vertretern (des christlichen Verbandes) dringend in ihrem eigenen Interesse, ihren Nachweis aufzugeben und ihre Mitglieder nach dem paritätischen Nachweis zu schicken.“

Die Vertreter des christlichen Verbandes behielten sich in dieser Sitzung des Kuratoriums ihre Erklärung vor, teilten aber später schriftlich mit, daß sie beschlossen hätten, den paritätischen Arbeitsnachweis nicht anzuerkennen und aus „Selbsterhaltungsgründen“ den eigenen Nachweis aufrecht zu erhalten. Dieses Schreiben wurde vom Kuratorium des Arbeitsnachweises der Schlichtungskommission übergeben, und diese hat dann in einem vom 29. März 1912 datierten Schreiben den ultramontanen Verband davon in Kenntnis gesetzt, daß im Vertragsgebiet jeder Holzgewerbetreibende und jeder Arbeitnehmer nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen hat. Jede andere Vermittlung verstoßt gegen den Vertrag.“

Wie die Dinge in Hamburg liegen, ist nach den Dokumenten, die wir vorstehend im Auszug wiedergegeben haben, völlig klar. Die Errichtung und Unterhaltung eines eigenen Nachweises durch den ultramontanen Holzarbeiter-Verband ist nicht nur nach unserer Auffassung, sondern auch nach der der Arbeitgeber eine Verletzung des Vertrages. Die Gründe, welche die Christen für ihr Verhalten vorgebracht haben, sind als unwahr nachgewiesen. Es scheint, daß sich die Christen darauf stützen, daß der Hamburger Vertrag von ihnen nicht unterzeichnet ist, und daß sie daraus folgern, daß sie durch den Vertrag nicht gebunden sind. Das ist ein Argument, welches auch die Gelben und sonstige notorische Streikbrecher anwenden, welches aber weder moralisch noch rechtlich anerkannt werden kann. Beim Abschluß des Vertrages in Hamburg kamen die Christen schon deshalb nicht in Betracht, weil damals so gut wie keiner von ihnen mehr am Kampf beteiligt war. Im ganzen hatten sie nur eine Handvoll Leute im Kampf, und es wäre vollendeter Größenwahn gewesen, hätten sie im Ernst einen entscheidenden Einfluß auf die Zeitung beansprucht.

Alles was von jener Seite vorgebracht wird, ist eine sehr durchsichtige Verschönigung der ultramontanen Taktik. Auf ähnliche Weise kann der ultramontane Holzarbeiter-Verband in Hamburg seinen Boden gewinnen, er geht deshalb die gewohlenen unehrlichen Wege und dabei kommt ihm die unglückliche Wirtschaftslage zufluten. Er kann es, indem er seine Vertreter aus dem ganzen Reichs zusammenrommelt, um sie bei vertragsbrüchigen Unternehmern unterzubringen, dort bestenfalls auf ein paar Duzend Mitglieder bringen. Dieses Treiben ist aber nur möglich, weil die Erwerbsverhältnisse in Hamburg schlecht sind, weil dort die Zahl der Arbeitslosen so ungeheuer groß ist. Der ultramontane Holzarbeiter-Verband trägt um fleischlicher Sonderinteresse wegen bewußt dazu bei, die Arbeitslosigkeit in Hamburg zu steigern. Das ist eine Handlungsweise, die durchaus zureichend charakterisiert wird durch die Bezeichnung der Christen als Spänen auf dem Arbeitsmarkt.

Die badischen Korbmachermeister haben auf einer Versammlung, die am 9. November auf Einladung des Landesgewerkschaftsrates in Wahl unter Teilnahme von etwa 60 Meistern stattfand, die Gründung einer Organisation beschlossen. Zur Vornahme der Vorarbeiten für diesen künftigen Landesverband badischer Korbmachermeister sind die Herren Niffel-Karlsruhe, Oberle-Baden, Witterwoll-Ilzingen und Bodenmeyer-Mühlheim bestimmt worden. Die neue Organisation soll die Grundlage für eine Forderung der Verbesserungen im Korbmachergewerbe bilden; hoffentlich nehmen sich nun auch die badischen Korbmachergehilfen an ihren Meistern ein Teil.

Rein Weg zum Wohlstand, selbst erteilt und erzählt von Arnold Metzger. Unter diesem Titel hat der Verband des

Schwetzerischen Holzarbeiter-Verbandes eine neue Agitationschrift herausgegeben, die sich sehr zu ihrem Vorteil von ähnlichen Schriften unterscheidet. In einem 24 Seiten starken Heftchen wird in schlichter und einfacher Sprache, unter reichlicher Heranziehung von Beispielen aus dem Leben, der Wert der Organisation in eindringlicher Weise dargelegt. Das kleine Heftchen legt Zeugnis ab von dem Eifer, mit dem der Vorstand des Schwetzerischen Holzarbeiter-Verbandes in neuerer Zeit die Propaganda betreibt. Hoffentlich hat diese Propaganda, die sich hier eines originellen, aber wirklich guten Mittels bedient, den erwünschten Erfolg.

Gewerkschaftliches.

Preussische Barbarei. Der Wälder-Verband hat in seinem Verbandsorgan die Stelle eines Bezirksleiters in Gdörlitz zur Bewerbung ausgeschrieben, weil der jetzige Bezirksleiter Prochaska, der in Deutschland sein Militärpflichtgenüß hat und sich immer in dem Glauben befand, daß er deutscher Staatsangehöriger sei, plötzlich als „lästiger Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen wurde.

Ueber die näheren Umstände dieses auffeherregenden Falles wird mitgeteilt: Emil Prochaska ist in Schlessen (Preußen) geboren, er verlebte auch in Preußen und Sachsen seine Kindheit und reifte in Deutschland zum Manne heran. Als sich P. zum Militär stellte, sagte man ihm, er sei Oesterreicher. In Oesterreich wies man ihn ab mit der Begründung, er sei Preusse. Endlich hat er sich in Sachsen zum Militär stellen dürfen. Sämtliche Legitimationspapiere, auch der Militärpaß, beschneideten ihm die preussische Staatsangehörigkeit. Der Vater Prochaskas war geborener Oesterreicher, der in Preußen naturalisiert wurde. Die Urkunden hierüber sind aber nicht mehr vorhanden, sie sind ebenso wie die Personenstandsakten des Vorfes, in welchem P. geboren wurde, bei einem großen Brande vernichtet worden. Da die Eltern Prochaskas schon lange tot sind, ist es auch kaum möglich, diese Urkunden zu erhalten. Prochaska war deshalb auch nicht instande, den von der Gdörlitzer Polizei verlangten Staatsangehörigkeitsausweis zu besorgen, als er vor einem Jahre die Absicht hatte, sich zu verheiraten. Dasselbe begann nun eine Treiberei gegen den „Ausländer“, die besonders von einigen gehässigen Bäckermeistern geschürt wurde. Das Resultat war die Ausweisung, die noch in besonders häßlicher Form vollzogen wurde. Prochaska wurde am 20. November nach dem Polizeirevier bestellt, wo ihm die Verfügung vorgelesen wurde, nach welcher er aus seinem Heimatlande ausgewiesen ist, und dieses binnen 24 Stunden verlassen müsse. Als er sich weigerte, dieses Dokument unterschreiben zu unterzeichnen, wurde ihm die sofortige Verhaftung und der zwangsweise Transport über die Grenze angedroht. Dieser Notigung mußte sich der Bergewaltige fügen, denn andernfalls wäre es ihm ja nicht einmal möglich gewesen, noch seine Verbandsgeschäfte einem Vertreter in der Organisation zu übergeben.

Mit dieser Ausweisung hat sich die preussische Regierung wieder einmal mit Ruhm bedeckt. Es handelte sich aber auch um einen Gewerkschaftsangehörigen, der sich um die Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Berufsgenossen bemühte. Eine solche Tätigkeit empfinden die Regierungen in Preußen-Deutschland immer als „lästig“. Wenn es sich um Streikbrecher oder gar Streikbrecheragenten handelt, dann werden die Dinge ganz anders beurteilt. Wie man aus dem Fall des berichtigten Herzberg in Hamburg entnehmen kann, wird ein Mensch, der wegen Betruges und anderer ehrenrühriger Verbrechen schwer bestraft ist und deshalb aus einem Bundesstaat ausgewiesen wurde, wieder zu einem erwünschten Mitbürger, wenn er sich dem Handel mit Menschenfleisch widmet. Der Hamburger Senat hat den Verleger Herzberg als eine Gefahr für das Gemeinwesen ausgewiesen, den Streikbrecheragenten Herzberg hat er aber als äußerst nützlichem Element wieder mit offenen Armen aufgenommen. Die Fälle Prochaska und Herzberg sind Dokumente für den Hochstand der Kultur in Preußen-Deutschland.

Die Stukkateure im Bauarbeiter-Verband. Eine im Gewerkschaftsleben seltene Erscheinung hat der zu Neujahr 1912 erfolgte Anschluß der Stukkateure an den Bauarbeiter-Verband gezeigt. Während man sonst erlebt, daß nach der erfolgten Verschmelzung sich auch deren ursprüngliche Gegner bald beruhigen, indem sie sich in der neuen Organisation schnell einleben und den Wert des Zusammenschlusses erkennen, werden bei den Stukkateuren immer noch Stimmen des Widerpruches laut. Diese kommen u. a. auch in Einwendungen im Verbandsorgan zur Geltung. Dadurch ist auch anderen Gewerkschaften Gelegenheit geboten, ihre Anwendung aus solchen Vorgängen zu ziehen. Dabei sei vorausgesetzt, daß uns die vorgebrachten Einwände nicht als unüberwindbar erscheinen, denn die meisten derselben richten sich gegen Maßnahmen, die sich aus der Größe der Organisation und der Entwicklung der Lohnkämpfe ergeben. Letztere läßt heute das planlose und selbständige Losschlagen einzelner Orte oder Gruppen nicht mehr so zu als früher. In kleineren Organisationen wird wohl auch heute noch einmal ein solcher „wilder Streik“ gehalten und nachträglich unterstützt, während man sich in den großen schneller an die notwendige Ordnung gewöhnen mußte. Dann sind aber heute auch schon viele Lohnbewegungen über die lokalen Grenzen hinausgewachsen, was zur Folge hat, daß die letzten Entscheidungen durch Delegierte gefällt werden müssen, was den Mitgliedern ehemals kleiner Gruppen ebenfalls fremd erscheint.

Im lokalen Bereich bringt es weiter der Industrieverband mit sich — und das ist sein Vorteil — daß Angehörige der verschiedenen Berufe in der Leitung sitzen, der einzelne möglicherweise einmal gar nicht vertreten ist, weil er gerade keine geeigneten Bewerber präsentieren konnte, während vielleicht am Nachbarort in beschäftigter Angehöriger des kleinsten Berufszweiges die Gesamtleitung in der Hand hat. Das Organisationsleben gleicht überhaupt die beruflichen Unterschiede etwas aus, wenn dies vielleicht auch anfangs bei der Verschmelzung so unterschiedlich entwickelter Gruppen, wie hier Bauhilfsarbeiter, Maurer und Stukkateure darstellten, einige Schwereigkeiten bietet.

Ein anderer Schmerz ist, daß ein Verbandsorgan eines großen Verbandes die mitunter nichtstagenen Berichtsberichte jedes Ortes nicht mehr in jener behaglichen Breite anzunehmen vermag, als es in kleinen Verbänden mit wenig Ortsgruppen möglich ist. Allerdings ist dies dort auch nicht immer die Schönheit der Berichte, die ihre unbeschränkte Aufnahme fördert, sondern die Not der Zeit, die dem mitunter nebenamtlich tätigen Redakteur damit schnell sein Blatt füllen läßt. Jedenfalls dient auch auf diesem Gebiet eine weise Beschränkung nur zur Bereicherung des Blattes. Man nimmt freilich der „Grundstein“ direkte Berichtsberichte überhaupt nicht auf, dagegen aber Situations- und sonstige Ortsberichte, in die der geschickte Berichterstatter ja mit Leichtigkeit auch seine wesentlichen Erfahrungen aus den Versammlungen legen kann.

Allgemein genommen, sind die vorgebrachten Beschwerden solcher Art, daß man ihre freundnachbarliche Erledigung in kürzester Zeit annehmen darf. Erfreulicherweise hat von den einzelnen bisher unbestriedigten Sektionen der Stultakteure auch nicht ein Zweifel darüber gelassen, daß sie eine Trennung vom Bauarbeiter-Verband nicht für tunlich hält. Es kann ja auch gerade bei dieser kleinen Berufsgruppe gar keinem Zweifel unterliegen, daß im eigenen Interesse der künftige Weg nur gemeinsam mit den verwandten großen Berufsgruppen gehen kann. Dagegen ist die im „Grundstein“ aufgeworfene Frage durchaus erörterungswert, ob der Anschluß nicht um einige Jahre zu früh erfolgt ist, in denen notwendigerweise die Entwicklung der Lohnkämpfe auch den Berufsverband zu denselben Maßnahmen gezwungen hätte, die seinen Mitglidern jetzt im Industrieverband mißfallen, weil sie ihnen im Augenblick hier und da noch fremd erscheinen. Gerade diese Entwicklung aber ist es, die ohne Rücksicht auf persönliche Empfindungen die Arbeitererschaft immer wieder auf die Notwendigkeit engen Zusammenschlusses hinweist.

Im Baugewerbe ist die Tarifbewegung aus diesem Frühjahr immer noch nicht völlig zum Abschluß gekommen. Die Vollziehung der örtlichen Verträge ist von Unternehmerseite ganz ungebührlich verzögert. Bis Anfang November waren von den zur Erörterung stehenden rund 800 Tarifverträgen erst 28 von beiden Seiten unterschrieben, anerkannt, trotzdem seit der prinzipiellen Zustimmung der beiderseitigen Organisationen zu den Vorschlägen der Unparteiischen schon ein halbes Jahr verflossen ist. Die Ortsgruppen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe haben nun den Vollzug der Verträge entweder ganz verschleppt oder dadurch zu verhindern gewünscht, daß sie Bestimmungen einzuschmuggeln suchten, die ihnen Sondervorteile bringen; die Hauptschuld trägt aber der Vorstand des Arbeitgeberbundes selbst, der die Vorschläge der Unparteiischen in einer von diesen nicht gewollten Weise ansetzte und den Ortsgruppen zur Pflicht machte, diese seine Auslegung dem Ortsvertrag zugrunde zu legen. So mußten z. B. in der Frage der Arbeitszeit die Unparteiischen erst nachträglich noch entscheiden, daß die Einführung dieses Lohnsystems nicht ohne weiteres überall zulässig ist, sondern von bestimmten Voraussetzungen (Ortsüblichkeit und dergleichen) abhängig ist. Das Vorgehen der Bauarbeiter zeigt, wie es des ständigen Drucks der Gewerkschaften bedarf, um die gebotenen Zugeständnisse in der Praxis durchzuführen.

Die tarifbrüchigen Malermeister in Rheinland-Westfalen, die, nachdem ihnen das Tarifamt den Tarifbruch attestiert hatte, eine neue Aussperrung ankündigten, haben sich anders besonnen. Sie lassen jetzt erklären, daß sie friedlich gefinnt seien und einen eigenen Tarif mit den Arbeitern abschließen möchten. Natürlich einen Tarif nach ihrem Geschmack, bei welchem die Arbeiter die Leidtragenden wären. Daß der Maler-Verband einen solchen Tarifvertrag nicht abschließen wird, wissen die Herren; sie trösten sich aber mit der Hoffnung auf die Schaffung von nationalen Gehilfenverbänden, die sich die Arbeitsbedingungen von den Unternehmern diktiert lassen und mit denen die tarifbrüchige Unternehmerorganisation dann einen „Tarifvertrag“ abschließen kann. Die Herren entwickeln einen bewundernswerten Optimismus. Aber sie werden doch schließlich zu der Ueberzeugung bekehrt werden, daß die Unterwerfung unter den rechtmäßig zustande gekommenen Tarifvertrag der einzige Ausweg aus der verzwickten Situation ist, in der sie sich befinden.

Eingefandt.

Zur Branchenkonferenz der Modell- und Fabriktschler, Drechsler usw.

Als im Jahre 1906 in Halle die erste Konferenz für die im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Modelltschler stattfand, zählten wir etwas über 3000 Mitglieder. Im Schluß des Jahres 1912 bezeichneten sich 6085 als Modelltschler. Zu diesen Modelltschlern müssen wir, organisatorischer Verhältnisse wegen, die in gleichen Betriebswerkstätten beschäftigten Drechsler und sonstige Holz- und Hilfsarbeiter rechnen. Wie hoch die Zahl dieser „Ersitzigen“ Organisierten ist, kann heute von uns auch nicht annähernd angegeben werden.

Der Fortschritt in bezug auf Ausbreitung sowohl als auch auf dem Gebiete der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist seit 1906 unverkennbar günstig. Es entsteht nun die Frage: Dürfen wir nun befriedigt sein? Das muß verneint werden. Noch haben wir weite Bezirke, in denen es uns bisher nicht gelang festen Fuß zu fassen, und gerade dort geht es erfahrungsgemäß unseren Kollegen am traurigsten. Lange, meist unregelmäßige Arbeitszeit, schlechte Werkstätten und geringer Lohn sind meist dort anzutreffen.

Wo die Organisation stark genug war, haben unsere Kollegen durch manchen harten Strauß ihre Lebenshaltung verbessert. Die Erfahrungen aus der Führung dieser Kämpfe, das Verlangen, sich über Fragen der Agitation und gleichmäßiges Erfolg versprechendes Vorgehen gegen die übermäßige Lehrlingszuchtung auszusprechen, gaben einer Reihe von Sektionen Anlaß, an die Zentralkommission das Ersuchen zu richten, für eine Reichskonferenz zu wirken. Die Kommission hat dem Wunsch Rechnung getragen und beim Vorstand einen entsprechenden Antrag eingereicht. Es steht auch zu erwarten, daß der Vorstand, nachdem sich die Kollegen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausgesprochen haben, die Konferenz einberuft. Die Versammlungen der Berufsangehörigen müssen nun erneut Stellung nehmen und sich be-

sonders die Frage vorlegen, ob wir die Konferenz wünschen und was dort verhandelt werden soll. Eine Konferenz, getragen von der Einmütigkeit der Kollegen, kann zweifellos ohne allgemeine Rücksichten für die Agitation, für Lohnbewegungen und damit zusammengehörend für die planmäßige Verhinderung von Streikarbeit geben. Es kann der Kraft der Agitation neue Richtung gegeben werden und alle Maßnahmen können vorbereitet werden, um Arbeitsvermittlung und andere Dinge einheitlicher zu gestalten. Abhängig ist der Wert der Konferenz von der Tätigkeit für und in der Organisation unserer Berufskollegen selbst. Hoffen wir das Beste, und zeigen die Kollegen durch Aussprache an dieser Stelle die Vertretung ihrer Interessen. Die Zentralkommission der Modelltschler. J. U. Franz Specht, Vorsitzender.

Ueber die Notwendigkeit einer Modelltschlerkonferenz.

Ohne Zweifel haben die wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren eine gewaltige Verschöbderung aufzuweisen. Ob nun die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in demselben Verhältnis zur Verteuerung der Lebenshaltung steht, ist sehr zu bezweifeln. Gewiß ist das Klassenbewußtsein bei den Modelltschlern seit der ersten Konferenz 1906 gestiegen, haben wir ja fast 100 Prozent Wirtaliederzunahme zu verzeichnen. Aber ist denn in bezug auf Agitation und Verbesserung unserer Lage alles getan, was getan werden mußte? Nein! Wenn wir auch Fortschritte zu verzeichnen haben, so hat der Hauptvorstand nicht immer dem Vorwärtsdrängen der Kollegen das nötige Entgegenkommen entgegengebracht. Was hauptsächlich bei den traurigen Arbeitsnachweisverhältnissen zu bedauern ist. Die hiesige Sektion hat sich wiederholt mit dem Ruf nach einer Modelltschlerkonferenz beschäftigt. Einstimmig wurde die Notwendigkeit einer solchen anerkannt. Auch im Lande haben sich Stimmen gemehrt, und da muß man sich doch fragen: Sind da genügend stichhaltige Gründe für eine Konferenz vorhanden? Wenn die erste Konferenz als Wichtigstes die Zentralkommission geschaffen hat, so wird die zweite den weiteren Ausbau derselben vornehmen müssen. Hauptsächlich in der Frage der Beobachtung des Arbeitsmarktes und des Arbeitsnachweises über das Reich. Die dadurch notwendig werdenden statistischen Erhebungen müssen verknüpft werden, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erforschen und einheitlicher zu gestalten, damit die rückständigen Gegenden nicht zum Hemmnis werden. Die Arbeitsnachweisfrage muß für uns in den Vordergrund gerückt werden. Wenn wir keinen Einfluß auf die Arbeitsnachweise erlangen können, so wird oftmals unsere ganze Organisationsarbeit in Frage gestellt werden. Als nächst wichtigste Frage wird wohl die Taktik bei unseren Lohnbewegungen anzusehen sein. Wenn auf der ersten Konferenz die Berliner Bewegung im Mittelpunkt gestanden hat, so wird es diesmal die Werftarbeiterbewegung sein. Ob seines Verhaltens bei dieser Bewegung hat sich auch unser Hauptvorstand noch keine Lorbeeren an der Wasserlaute holen können. Wenn es im Lande möglich war, so ist dies nur auf die Berichterstattung, die alles andere nur nicht objektiv genannt werden kann, zurückzuführen. Auf Grund dieser Bewegung muß sich die Konferenz mit der Frage beschäftigen: Wie ist es möglich, daß wir unsere Lage verbessern können, ohne daß die anderen Gewerkschaften in Mitleidenenschaft gezogen werden? Bei den Kämpfen, die eine immer größere Ausdehnung annehmen, werden unsere Interessen nicht so gewahrt, wie wir es verlangen können. Es muß nach anderen Mitteln und Wegen gesucht werden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechend der Vielseitigkeit unseres Berufes besser zu gestalten. Der letzte Mann muß dem Holzarbeiter-Verband zugeführt werden. Auch aus dem Metallarbeiter-Verband müssen unsere Kollegen herausgeholt werden. Der Metallarbeiter-Verband hat es nicht verstanden, den ihm gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Daß dabei die anderen, in der Metallindustrie vertretenen Berufe, und nicht zuletzt die Modelltschler, schon manches Mal darunter haben leiden müssen, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Ausben unserer inneren Organisation um den Kleinkampf mehr entschließen zu können, ist für uns eine dringende Notwendigkeit. Auch die Vertragsfrage mit ihren verschiedenen Entlohnungssystemen wird diesmal in erhöhtem Maße behandelt werden müssen, um für die Zukunft Richtlinien festzulegen, damit einheitlicher gearbeitet werden kann. Eng damit verknüpft ist das Ueberstundenübel, auf dessen Bekämpfung mehr Gewicht gelegt werden muß. Die zeitweise Verweigerung sämtlicher Ueberstunden muß als Mittel zur Befreiung von Mißständen mehr benutzt werden. Allerdings müssen wir hierfür den Hauptvorstand mehr erwärmen. In der Massen-ausbildung von Lehrlingen dürfen wir nicht achtlos vorübergehen, wenn wir gesunde Verhältnisse schaffen wollen; hier wird es sich empfehlen, den Buchdruckervertrag näher anzusehen. Von sehr wichtiger Bedeutung ist die Streitarbeit. Wenn es auch oftmals schwer hält Streitarbeit herauszufinden, so ist der Standpunkt des Vorstandes nicht zu verfehen, daß Arbeit, die vor Beginn des Streiks ausgegeben worden ist, nicht als Streitarbeit angesehen werden kann. Hier müssen wir mit dem Hauptvorstand den Begriff Streitarbeit einer Revision unterziehen und dafür sorgen, daß auf die Verweigerung der Streitarbeit mehr Wert gelegt wird. Schließlich wären noch die Modelltschlerkreise und der neugegründete Modellfabrikanten-Verband einer Würdigung zu unterziehen. Als echte Scharfmacherorganisation wollen die Herren ja ein Bollwerk gegen unsere Organisation schaffen. Ihnen liegen ja hauptsächlich die Verträge und die Minimallohne im Magen. Wenn wir als kleine Gruppe gut organisiert sind, so können wir bei der richtigen Anwendung, eine Macht, die nicht so leicht erschüttert werden kann, wohl aber kann eine fest disziplinierte Kollegenschaft die Industriebetriebe fortwährend in Bewegung halten und zu Reformen zwingen. Aufgabe der nächsten Konferenz muß es sein, unsere Organisation kräftig auszubauen und in den verschiedenen Fragen eine klarere Stellung einzunehmen.

Mag Scherf, Hamburg.

Ein Wort an die Versammlungsschwärmer.

Wenn es schon traurig ist, daß so viele Kollegen der Dramatik fernbleiben, obwohl sie wissen, wie schlecht es

um die Arbeiterschaft steht, so ist es noch trauriger, wenn ein Kollege auf der Reise Jahrestellen trifft, wo bei der Monatsversammlung eine tätige Ortsverwaltung, aber keine Mitglieder anwesend sind. Den Kollegen im Jahrestellenorte, wie in der näheren Umgebung, ist es doch ein Leichtes, die Ortsverwaltung durch zahlreiches Erscheinen zur Versammlung zu unterstützen. Es wäre sonst kein Wunder, wenn die tätigen Kollegen auch nutzlos würden und alles hängen und stehen ließen. Darum, Kollegen, folgt der Bitte eines alten Kollegen und tut eure Pflicht. Es ist nicht genügend, alle Woche den Beitrag zu bezahlen, sondern man muß auch kräftig mitarbeiten und werben, dann wird es auch in den kleineren Orten vorwärts gehen.

Dechl, Landsberg a. L.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Platz 2, bezogen werden.

Der Untergang des Kapitän Scott. Im Februar dieses Jahres durchlief die Welt die erschütternde Kunde, daß der Polarforscher Kapitän Robert Falcon Scott auf der Rückkehr von dem glücklich erreichten Südpol mit vier seiner Kameraden in Nacht und Eis elend umgekommen sei. Die ganze zivilisierte Welt stellte die Frage: Wie konnte das furchtbare Unglück geschehen? Gerüchte durchschwärmten die Luft von unentschuldbarbarem Leichtsinne des Führers und von verbrecherischem Völlern der Lebensmitteldépôts durch die Zurückgebliebenen. Die Wahrheit konnte nur einer enthüllen, Scott selbst. Ihn und seine Kameraden birgt ein Grab im ewigen Eis, und doch spricht er jetzt selbst zu uns. Unter dem Kopf des Toten fand sich sein Tagebuch, das er bis zum letzten Augenblick, als ihn schon die Schauer des Todes überfielen, mit fester Hand geführt und das er sorgfältig vor Vernichtung geschützt hatte. Soeben erscheint seine deutsche Uebersetzung unter dem Titel „Kapitän Scott, Letzte Fahrt“ im Verlag F. U. Brockhaus, Leipzig (2 Bände, geb. 20 Mk.).

Dieses Tagebuch Scotts ist ein menschliches Dokument, wie die geographische Forschung nur wenige aufzuweisen hat. Es berichtet von siegesgewissem Auszug und höchstliegenden Mühen, von unermüdlichem Kampf mit unerwarteten Schwierigkeiten, die sich allseits aufstürzten, von der Erreichung des Südpols — aber der Enttäuschung, dort Amundsens norwegische Flagge vorzufinden — und dann von dem unheilvollen Wind, dem Sturm und Schnee, Hunger und Kälte und eine Reihe unseliger Zufälle schlossen, um den Siegern den wohlverdienten Preis zu entwinden. Nur einen einzigen Tagesmarsch vor dem rettenden Depot, wo sie Lebensmittel und Brennmaterial gefunden hätten, brachten sie mit erfrorenen Gliedmaßen zusammen und erwarteten den Tod mit antikem Geldeumut!

Scott selbst schildert uns seinen Untergang bis zu dem Augenblick, wo die Feder seiner erfrorenen Hand entfällt; die erschütternde Tragik, die hierin liegt, übt eine tiefere Wirkung auf den Leser, als alles Raffinement schriftstellerischer Kunst. Scotts Tagebuch, das auch wissenschaftlich durch die sorgfame Arbeit des Verfassers von größter Bedeutung ist, füllt den ersten Band des Werkes. Im zweiten kommen die Gefährten zu Wort, die von zahlreichen Abenteuer und Gefahren, aber auch von glücklicher Heimkehr zu erzählen wissen! Gegenüber der Tragödie des ersten Bandes erscheint der größte Teil des zweiten als ein fröhliches Nachspiel.

Einer von denen, die neben Scott ihren Forschermut mit dem Leben bezahlten, Dr. Wilson, war ein hervorragender Maler. Alles, was er an Skizzen und Bildern von dieser unglücklichen Expedition aufgenommen hat, ist erhalten, und eine Reihe prächtiger Aquarelle von seiner Hand zieren die Bände. Außerdem stand Scott ein Photograph zur Seite, dessen Ausbeute an Bildern das ästhetisch und wissenschaftlich Großartigste ist, was je von einer Forschungsreise mit heimgebracht wurde! Ueber 200 ein- und mehrfarbige Illustrationen, fünf Karten und ein Fotomile der letzten Blätter des Tagebuchs von Scott erschließen das eigenartige Milieu dieser Polarfahrt in ungewöhnlich reizvoller Art. Kapitän Scotts „Letzte Fahrt“ ist ein Buch von sensationellem Interesse, das an Popularität in kurzem mit Mansens berühmtem „In Nacht und Eis“ wetteifern und dessen Lektüre für jede Familie ein Erlebnis bedeuten wird. **Jungvolk 1914.** Ein Almanach für die arbeitende Jugend. Herausgegeben von der Zentralkommission für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Preis 50 Pf.

„Jungvolk“ ist zu Weihnachten vorigen Jahres zum ersten Male erschienen und hat eine freundliche Aufnahme gefunden. Diese hat der Almanach aber auch reichlich verdient. Für wenig Geld ist ein sauber ausgestattetes Buch geliefert worden, welches eine Menge belehrender und unterhaltender Beiträge enthält und dessen Wert durch eine Fülle guter Abbildungen noch erhöht wird. Der Jungvolk-Kalender, der nun im zweiten Jahrgang vorliegt, stellt sich seinem Vorgänger würdig zur Seite. Er verdient tatsächlich die weiteste Verbreitung unter der arbeitenden Jugend.

Führer für den Militärpflichtigen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dargestellt. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin. Preis 30 Pf.

Das Mädelchen enthält folgende Kapitel: Von der Wehrpflicht, Das Musterungsgeschäft, Die Gliederung der Wehrpflicht, Der Eintritt in das scheidende Heer, Der Soldat im aktiven Dienst, Die Entlassung aus dem Heere, Der Berufssoldat. Ein Anhang enthält Vorlagen für Gesuche usw.

In freien Stunden. Wochenheft für Arbeiterkinder. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin SO. 16. Preis pro Heft 10 Pf. Jede Woche erscheint ein Heft.

Adressen der Sektionen.

- Bürstemaacher: Berlin: Richard Schmalbach, D. 17, Hohenhofstraße 18. Frankfurt a. M.: Karl Koch, Südenstraße 7 III. Ravensburg: Johann Kappas, Zum heiligen Kreuz.
- Korbmaacher: Leipzig: Richard Hoff, Verbmstr. 8 v. Seip; Leonard Meier, Eisenstraße 21.
- Modelltschler: Jena: Robert Köhler, Wasserstr. 41.
- Bergolder: München: Josef Bendl, Gaudenzstr. 36.

Verfammlungs-Anzeigen.

Essen. Sonntag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wäcker.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis...

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Wilhelm West, Frankfurterstr. 23.

Christoph, gen. Emil Gries, Korbmacher, sucht, seine Adresse an Frau Knittel, geb. Lohmann, Hannover, Stephansplatz 2A, abzugeben.

Oskar Sattler, Tischler, 51 Jahre alt, Buchh. 1. St. Nr. 28, 9. 1909 vermisst. Wer über ihn Auskunft geben kann, wird darum gebeten.

Achtung Breslau! Derjenige, der es mit Jos. Knittel, Stellmacher, wegen 27 Mk. zu tun hat, bekommt Auskunfts bei Hans Höfgen, Stettin, Götze, Thlr., Mühlstr. 10.

Zahlfstelle Geringswalde. In unserer Mitgliederversammlung am 29. November wurde der Kollege Hugo Brückner in Burg b. Magdeburg als Lokalbeamter gewählt.

Ein Tischlergeselle auf Bau und Möbel recht bald gesucht. Albert Sdunzig, Sensburg, Ostpr. Drechsler auf Riemenrädchen sofort gesucht.

Knopf- und Perlmutter-Drechsler werden für dauernde Stellung für Galalith-Knopffabrik gesucht.

Carlshager Knopffabrik T. Warnecke & Co. Helmarshausen (Bezirk Cassel).

Ein Korbmacher auf Großgeschlagenes u. Weiß wird für dauernd gesucht. Nicht über 30 Jahre. Angabe des Alters gewünscht.

Ein Korbmacher für Roharbeit und Geschlagenes sofort gesucht.

Jüngerer Korbmacher für alle vorkommenden Arbeiten findet Beschäftigung bei Paul Höder, Korbmacher, Strehla a. Elbe bei Riesa (Sachsen).

Jungen Korbmacher auf runde Kartoffelkörbe sucht Paul Hennig, Korbmachermeister, Storkow i. Mark.

2 bis 3 Korbmacher auf Geschlagenes für bald auf dauernd gesucht.

1 Pantoffelhölzerfabriker für dauernd gesucht.

Verfilberer oder Verfilberin tüchtig auf Goldleisten eingearbeitet, sofort nach München gesucht.

Moderne Büromöbel kräftige, solide Konstruktion unter Verwendung bester Materialien.

Rheinisch-westfälische Holzindustrie G.m.b.H., Dortmund. Feinste Referenzen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen.

Die Treppenkunst handpraktisch erlernt das Einsteigen, Aufsteigen und das Herabgehen der Stufen sowie Kränzung aus Langholz.

Dilettanten-Hobelbänke a. Weißbuche, i. Kräft. geh., 150 cm lang, pass. f. Weizen-Gesch., St. 25 Mk. p. Kasse o. Nachn.

zur Laubsägerei Kerbschnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst.

Eingelegte Furniere für Nattische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt das Beste, fabriktiert und hält auf Lager H. Himmstedt, Hamburg, Ragsberg 51. Preis! zu Dienst!

Neueit: D. R. G. M. Pughobel mit stets kleiner Maulöffnung in überaus handlicher Form. M. Hiefflinger, Werkzeugfabrik Nürnberg.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten. Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30, ansgesogene Länge 50 cm, mit 3 Rängen a. 450 Mk. Schraubhobel Nr. 80, mit 1 Gf. 70 mm breit a. 2,25 Mk.

Laubsägerei Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werkz., Holz, Borlagen usw. in groß. Auswahl billigst. J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.

Original Umer Reform-Putzhobel Beim Einkauf achte man auf die Schutzmarke Ulmer Münster, welche sich auf der Schraubkappe befindet.

Bilbig und gut kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge von dem Spezialhaus Heinrich Genuit, Berlin O. 17, Nur Warschauerstr. 41/43.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Kunstgewerbliche Tischlerische Blankenburg, H. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Wir empfehlen allen Verbandskollegen den neuen Almanach für das Jahr 1914

Almanach für das Jahr 1914 Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Auszug aus dem Inhalt: Datumzeiger für das Jahr 1915. Kalenderium für 1914.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Erworben vom Arbeitgeber-Gewerksverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Table with columns: Ort, Wochenbericht vom Sonnabend, 22. Novbr., bis Freitag, 28. Novbr. 1913. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, etc.

Paul Horn Politur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind Peha-Matt, eigene Verfahrungsverfahren hergestellten gereinigten Schellackpolituren und meine hochmodernen Holzbeizen.

Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt! Man erspart Material, Zeit und Arbeit! Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

- 1 Flasche Peha-Matt
1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt
1 Patentpolitur zum Reinpulieren
1 allerfeinsten Politur-Glanzlack (blond)
1 Kristall-Lack (blond)
1 Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenpulver Mon-Ak (mahagoni)
1 Bimsstein-Polier-Pulver (hellrot)
1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskitzen schadhafter Holzstellen)
1 Stück Kork-Schleifklotz (120x75x30 mm)

Patent Broschüre über „Selbststimmung“ gratis v. K. Berbig, Hannover, Misburgerdamm 77.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Auskunft frei. Silb. Medaille, Paderborn

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erskl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.